

EKR-FRAKTION

ERGEBNISBERICHT 2019–2024

EKR
FRAKTION


ZURÜCK ZUM GESUNDEN
MENSCHENVERSTAND



INHALT


VORWORT 3–4


GRENZEN BESSER SCHÜTZEN 5–6


DIE UKRAINE UNTERSTÜTZEN 7–9


SICHERHEIT GARANTIEREN 10–11


GRÜNE EXZESSE STOPPEN 12–14


EIN DIGITALES EUROPA BAUEN 15–17


WACHSTUM ANKURBELN 18–21


HANDEL FÖRDERN 22–24


EIN GESÜNDERES EUROPA 25–27


AUF DER SEITE DER LANDWIRTE 28–34


KEINE REGION WIRD ZURÜCKGELASSEN 35–36


EIN EUROPA DER VERBINDUNGEN 37–38


EIN EUROPA DER KULTUR 39–40


EIN EUROPA DER RECHTE 41–45


MIT GELD VERANTWORTLICH UMGEHEN 46–48


ERWEITERUNG UND ZUKUNFT 49–52

VORWORT







ZURÜCK ZUM GESUNDEN MENSCHENVERSTAND

Liebe Leserinnen und Leser,

Die EKR-Fraktion entstand 2009 als prominente Mitte-Rechts-Kraft, angetrieben von einer klaren Unzufriedenheit mit den zentralistischen Tendenzen der EU. Seitdem sind wir unserem Versprechen treu geblieben, den gesunden Menschenverstand in die Politik der Europäischen Union zurückzubringen. Auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen zeigen, was wir in den letzten 5 Jahren im Europäischen Parlament erreicht haben.

Auch in der Legislaturperiode 2019-2024 war das Leitmotiv der EKR-Fraktion der "Eurorealismus". Darunter verstehen wir eine Politik, die ein Gleichgewicht zwischen der Zusammenarbeit auf EU-Ebene und der Wahrung der einzigartigen Identität und Autonomie der Mitgliedstaaten anstrebt. In diesem Sinne setzt sich die EKR-Fraktion für eine Rückverlagerung von Kompetenzen in die nationalen Hauptstädte und Rathäuser und für mehr Entscheidungsfreiheit für Familien und Einzelpersonen ein. Das Hauptziel der EKR-Fraktion ist es, den Handlungsrahmen der EU auf jene Bereiche zu konzentrieren, in denen sie einen echten Mehrwert für die Bürger und die Mitgliedstaaten bringt - so wie es die EU-Verträge ursprünglich auch vorsahen.

Unter dieser Prämisse haben die Mitglieder der EKR-Fraktion im Europäischen Parlament die Ärmel hochgekrempelt, um konstruktiv nach vernünftigen Lösungen zu suchen. Ihre politische Arbeit hat zu Ergebnissen geführt, die das Leben der Menschen im Alltag verbessern, auch wenn sie nicht immer für Schlagzeilen sorgten und manchmal nur "das Schlimmste" von dem verhindern konnten, was sich allzu ideologische und bürgerferne Mehrheiten im Parlament ausgedacht hatten. Für die EKR-Fraktion ist klar, dass sich die EU auf ihre ursprüngliche Idee zurückbesinnen muss: die gedeihliche Zusammenarbeit gleichberechtigter und souveräner Mitgliedstaaten zu gewährleisten und die EU flexibler, offener und wirtschaftlich dynamischer zu machen.

Wir haben uns zum Beispiel immer dann gegen den politischen Mainstream gestellt, wenn es notwendig war, um Familienwerte und stabile Familieneinheiten zu verteidigen, die die Eckpfeiler des sozialen Zusammenhalts sind. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass bei jeder EU-Entscheidung geprüft wird, ob sie den hart arbeitenden Menschen, die überall in der EU Steuern zahlen, auch wirklich zugute kommt.

Das Engagement der EKR-Fraktion für eine bessere und wirtschaftlich, sozial und kulturell blühendere Zukunft Europas ist unerschütterlich. Wir glauben, dass eine EU, die die Wünsche ihrer Bürgerinnen und Bürger respektiert, das Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll ausgibt und die Souveränität der nationalen Regierungen respektiert, eine bessere Zukunft für alle Europäerinnen und Europäer schaffen kann.

Herzlich,

Prof. Dr. Ryszard Legutko und Nicola Procaccini
Ko-Vorsitzende der EKR-Fraktion im Europäischen Parlament

GRENZEN BESSER SCHÜTZEN

Wir haben uns an vorderster Front für eine bessere Grenzsicherung eingesetzt

Die EKR hat zur Bekämpfung der illegalen Migration beigetragen

Die EKR hat die Notwendigkeit eines neuen Asyl- und Migrationspaktes betont, der sich auf die wirklichen Probleme der Migration konzentriert. Wir sehen den Aufbau von Kapazitäten außerhalb der EU-Grenzen, Partnerschaften mit Drittstaaten und einen verstärkten Schutz der Außengrenzen als wesentlich für eine europäische Migrationsstrategie an. Die EKR sprach sich gegen eine Überfrachtung des Paktes mit Garantien für die Rechte von Asylsuchenden aus. Die EKR unterstützte die Reform der Dublin-Verordnung, plädierte aber für eine stärkere Betonung der Lösung von Migrationsproblemen aus externer Perspektive. Mit Änderungsanträgen trug die EKR zur Position des Parlaments bei, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben sollten, nicht nur an der Grenze, sondern auch auf ihrem Territorium Orte für Grenzverfahren einzurichten.

Die EKR hat den Mitgliedstaaten geholfen, ihre Grenzen gegen instrumentalisierte Migration zu sichern

Die Sicherung der EU-Außengrenzen ist der Schlüssel zur Gewährleistung der Sicherheit und Freizügigkeit der europäischen Bürger innerhalb des Schengen-Raums. Das Fehlen von Instrumenten zur wirksamen Bekämpfung der Bewaffnung von Migranten und die derzeitige mangelnde Kooperation unserer Nachbarn bei der Steuerung der Migrationsströme zeigen, dass die EU-Migrationsvorschriften grundlegend geändert werden müssen. In diesem Zusammenhang leitete die EKR mehrere Initiativen zur besseren Unterstützung der Mitgliedstaaten an der Grenze mit EU-Mitteln, zum Aufbau einer angemessenen Infrastruktur, einschließlich physischer Barrieren zum Schutz unserer Außengrenzen. Die EKR forderte auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten, einschließlich der Sensibilisierung durch Informationskampagnen, um Migranten davon abzuhalten, die gefährliche Reise nach Europa anzutreten. Die EKR plädiert auch dafür, den Zugang zu Entwicklungsgeldern von einer echten Zusammenarbeit abhängig zu machen, einschließlich einer wirksamen Bekämpfung von Menschenhändlern und Menschenschmugglern.

Die EKR hat Eurodac und damit die innere Sicherheit verbessert

Die reformierte Eurodac-Datenbank ist ein Schlüsselelement des Migrationspakts. Sie ermöglicht, den Abgleich biometrischer Daten zur Identifizierung von Personen, die sich illegal in der EU aufhalten, um Rückführungsverfahren zu erleichtern. Der Berichterstatter der EKR leitete das Verhandlungsteam des Parlaments und erreichte eine starke Verordnung, die die Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung wirksam unterstützen wird. Die neue Datenbank senkt das Alter für die Datenerfassung auf sechs Jahre und führt Sicherheitswarnungen ein, um die zuständigen Behörden darüber zu informieren, dass eine Person ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte. Künftig wird es für Personen, die gefälschte Dokumente mit sich führen oder betrügerische Mittel anwenden, schwieriger sein, sich der Identifizierung zu entziehen.





Die EKR hat die Rückführung illegaler Migranten effizienter gemacht

Die EKR hat intensiv an der Verbesserung der Rückführungsrichtlinie gearbeitet, um das Rückführungsverfahren für abgelehnte Asylbewerber an der Grenze zu vereinfachen. Zu den wichtigsten Zielen gehören die Festlegung klarerer Regeln für Rückführungsentscheidungen, die Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Behörden und die wirksame Steuerung von Rückführungen, um von illegaler Migration abzuschrecken. Die EKR forderte die Einführung einer Option für die Mitgliedstaaten, die Kosten der Rückführung dem illegalen Migranten in Rechnung stellen zu können, sowie eine Frist von fünf Tagen für die Einlegung von Rechtsmitteln gegen Rückführungsentscheidungen. Wir sind der Meinung, dass Rückführungsentscheidungen von den Mitgliedstaaten gegenseitig anerkannt werden sollten, mit einer Frist für die freiwillige Ausreise und angemessenen Sicherheitsvorkehrungen.

Die EKR hat zur Digitalisierung des Visaverfahrens beigetragen

Die EKR hat die Forderung nach einer Digitalisierung des Visaverfahrens unterstützt, da wir der Meinung sind, dass die Mitgliedstaaten von einer Verkürzung der Bearbeitungszeit für Visumanträge durch die Digitalisierung des Verfahrens profitieren würden. Ein digitales Visum erhöht die innere Sicherheit des Schengenraums, da die Visummarke nicht mehr gefälscht werden kann, und verringert den Verwaltungsaufwand für die zentralen Behörden und die Konsulate der Mitgliedstaaten erheblich.

Die EKR hat sich erfolgreich für die Stärkung des Grenzschutzes eingesetzt

Die EKR hat sich stets dafür eingesetzt, dass im EU-Haushalt ausreichende Mittel für die Sicherung der Außengrenzen bereitgestellt werden. Ein Beispiel dafür ist die bessere finanzielle Ausstattung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex), die die Mitgliedstaaten beim Schutz der Außengrenzen und bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität unterstützt. Die EKR ergriff auch die Initiative, den Bau von Grenzzäunen aus dem EU-Haushalt zu finanzieren. Die EKR unterstützte auch die Mobilisierung erheblicher Mittel zur Stärkung der Kapazitäten und der Infrastruktur des Grenzschutzes, der Überwachungsmittel, einschließlich der Luftüberwachung, und der Ausrüstung.

DIE UKRAINE UNTERSTÜTZEN

Wir sind ein treuer Verbündeter der Ukraine

Die EKR steht fest an der Seite der Ukraine

Seit Beginn der Legislaturperiode hat die EKR die territoriale Integrität der Ukraine und ihre pro-europäischen Bestrebungen unterstützt. Es ist uns gelungen, in fast jeder Entschließung zur Ukraine oder zu Russland die Forderung nach einem Stopp des Nord-Stream-Projekts einzubringen, lange bevor die anderen Fraktionen den Charakter von Putins Russland erkannten und ihre Fehler der Vergangenheit einzugestehen begannen. Die EKR hat immer wieder auf die Illegalität der Besetzung der Krim hingewiesen und die Krimtataren durch Veranstaltungen und Anhörungen im Parlament und in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten unterstützt. Als Russland seinen Angriffskrieg begann, war die EKR schließlich die erste Fraktion, die größtmögliche militärische und finanzielle Hilfe für die Ukraine forderte, einschließlich der Lieferung moderner westlicher Kampfpanzer, Flugabwehr-, Artillerie- und Raketensysteme. Wir waren auch die erste Fraktion, die eine militärische Ausbildungsmission für die ukrainischen Streitkräfte (GSVP EUMAM Ukraine) forderte, die inzwischen eingerichtet wurde und bis Ende 2023 rund 40.000 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in kombinierter und spezialisierter Waffenausbildung schulen wird. Darüber hinaus haben wir uns erfolgreich für schärfere Sanktionen gegen Russland und die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt.

Die EKR hat die Menschen in der Ukraine angesichts der russischen Aggression unterstützt

Die EKR hat sich für zusätzliche EU-Haushaltsmittel eingesetzt, um sowohl der unschuldigen Zivilbevölkerung in der Ukraine zu helfen als auch die ukrainischen Streitkräfte bei der Verteidigung ihres Landes strukturell zu unterstützen. Im Rahmen eines Pilotprojektes ist es der EKR gelungen, die umfangreichen Erfahrungen der EU im Bereich der Minenräumung in die Entwicklung von Technologien zur Beseitigung von Munition und konventionellen Waffen aus dem Meer einzubringen. Der aktuelle Krieg wird im Schwarzen und Asowschen Meer Schiffswracks, Raketentrümmer und versenkte Munition hinterlassen, die die Unterwasserwelt schädigen und eine Bedrohung für die Küstengemeinden darstellen.

Die EKR hat als Erster vor Russland gewarnt

Die EKR hat schon früh vor einer zunehmenden Abhängigkeit von Russland in den Bereichen Energie und Handel gewarnt. Wir haben auch immer wieder auf den aggressiven Charakter des Putin-Regimes hingewiesen, das in der Geschichte eines imperialistischen und neokolonialen Denkens verwurzelt ist. Gleichzeitig haben wir diejenigen unterstützt, die sich gegen Wladimir Putin und seine Herrschaft stellen, indem wir zahlreiche Veranstaltungen und Gäste empfingen und eng mit Vertretern von Nationen zusammenarbeiteten. Die EKR initiierte auch Resolutionen zu den Verbrechen der Sowjetunion und Russlands, darunter Deportationen, Massenmorde in Polen und der Ukraine und spätere Gräueltaten in Tschetschenien, Syrien und der Ukraine. Die EKR initiierte und leitete auch einen Bericht über die Arktis, in dem die Notwendigkeit der Freiheit der Schifffahrt und der Ressourcensicherheit, der transatlantischen Zusammenarbeit und der Abschreckung gegenüber Russland betont wurde.



Die EKR hat die Mobilisierung der Nothilfe für die Ukraine entscheidend vorangetrieben

Zu Beginn der russischen Invasion in der Ukraine wies die EKR auf die dringende Notwendigkeit von Soforthilfe für die vor dem Konflikt fliehenden Menschen hin. Die Abgeordneten der EKR begrüßten auch die Vorschläge CARE und FAST-CARE der Europäischen Kommission, die eine rasche Umverteilung der Mittel im Rahmen der Kohäsionspolitik 2014-2020 ermöglichen. Die Verordnungen zielen darauf ab, die EU-Länder bei der raschen Bereitstellung von Nothilfe zu unterstützen, einschließlich vorübergehender Unterkünfte, Nahrung, Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung für Menschen, die vor der russischen Aggression in der Ukraine fliehen. Darüber hinaus kann die für 2022 vorgesehene Zuweisung von 10 Mrd. Euro aus dem Fonds für die Unterstützung des Wiederaufbaus, der Kohäsion und der territorialen Zusammenarbeit in Europa ("REACT-EU") für neue Anträge verwendet werden.

Die EKR hat einen Beitrag zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie geleistet

Die EKR war bei der Verordnung zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung sowie bei der der Verordnung zur Unterstützung der Munitionsproduktion federführend. Dadurch konnten 300 Mio. Euro zur Aufstockung der Munitionslagerbestände der Mitgliedstaaten und 500 Mio. Euro zur Munitionsentwicklung und kontinuierlichen Lieferung von 155 mm-Munition an die Ukraine gesichert werden. Die EKR war auch federführend bei mehreren Initiativen zur Beteiligung von Drittstaaten an laufenden PESCO-Projekten, insbesondere bei der Aufnahme der USA, Kanadas und Norwegens in die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Mobilität (PESCO).



SICHERHEIT GARANTIEREN

Wir haben uns für die Sicherheit der europäischen Bürger eingesetzt

Die EKR hat den Kampf gegen Kriminelle und Terroristen unterstützt

Die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger hat für die EKR höchste Priorität. Wir haben geholfen, die Grenzen zu sichern, die Strafverfolgungsbehörden mit wichtigen Instrumenten auszustatten und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern. Die Mitglieder der EKR haben erfolgreiche Verhandlungen im Europäischen Parlament geführt, die zu wirkungsvollen Rechtsvorschriften geführt haben. Ein Beispiel ist die neue Gesetzgebung, die es Kriminellen und Terroristen erschwert, Kryptowährungen zur Finanzierung oder zum Verstecken ihrer Gewinne zu nutzen. Wir spielten auch eine Schlüsselrolle bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften über Personendaten bei Grenzübertritten im Luftverkehr. In beiden Fällen haben wir einen Ausgleich zwischen strengen Datenschutzbestimmungen und dem notwendigen Datenzugang für Polizei, Justiz und Grenzbehörden geschaffen. Diese Maßnahmen machen Kriminellen und Terroristen das Leben schwerer und erhöhen gleichzeitig die Sicherheit für gesetzestreue Bürger.

Die EKR hat Maßnahmen gegen den Online-Terrorismus unterstützt

Die EKR war federführend bei der Verordnung zur Entfernung terroristischer Inhalte im Internet und spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung neuer Vorschriften für die zuständigen nationalen Behörden. Sie ermöglichen es den Behörden gewalttätiges terroristisches Material innerhalb einer Stunde aus dem Internet entfernen zu lassen. Die Verordnung verpflichtet Online-Plattformen, innerhalb des Zeitrahmens von zu handeln. Es wurden außerdem Beschwerdemechanismen eingeführt, damit Inhalte, die irrtümlich entfernt wurden, so schnell wie möglich wiederhergestellt werden können. Diese Initiative ist Teil der Agenda der Kommission zur Terrorismusbekämpfung.





Die EKR hat den Eurojust-Datenaustausch verbessert

Die EKR hat einen Bericht geleitet, der festlegt wie die Mitgliedstaaten über verschiedene Kanäle Informationen über terrorismusbezogene Fälle mit Eurojust austauschen. Das alte System ermöglichte keinen angemessenen Abgleich von Informationen. Eurojust wird nun in der Lage sein, eine stärkere und proaktivere Rolle bei der Unterstützung der Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden, die terroristische Straftaten untersuchen und verfolgen, zu spielen.

Die EKR hat die nationale Zusammenarbeit mit Interpol gestärkt

Die EKR leitete einen Bericht, in dem Bereiche aufgezeigt wurden, in denen die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Polizeibehörden, Europol und Interpol intensiviert werden sollte, um eine Reihe wichtiger operativer Erfordernisse zu erfüllen und bestehende Rechtsvorschriften zur besseren Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität umzusetzen. Darin wird gefordert, Frontex Zugang zu Datenbanken von Interpol zu geben, und Eurojust zu ermöglichen, operative Informationen mit Interpol auszutauschen. Die Kommission wird aufgefordert, die Möglichkeit zu prüfen, die Russische Föderation von Interpol-Systemen auszuschließen.

GRÜNE EXZESSE STOPPEN

Wir haben Unternehmen und Bürger gegen Auswüchse des Green Deal verteidigt

Die EKR hat einen praktikableren Ansatz für die EU-Klimapolitik gefordert

Die EKR setzt sich dafür ein, dass die Klimapolitik der EU auf fundierten Erkenntnissen und realistischen Zielen beruht. Wir glauben, dass Flexibilität der Schlüssel für die Umsetzung von Klimapolitik durch die Mitgliedstaaten, Städte und Regionen ist. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen hat sich die EKR dafür entschieden, das EU-Klimagesetz nicht zu unterstützen, da sie Bedenken gegenüber kostenspieligen neuen Verwaltungsstrukturen und der Aufnahme des Zwischenziels für das Jahr 2025 hat. Nach Ansicht der EKR könnten die vorgesehenen Maßnahmen die Anstrengungen um das Erreichen des aktuellen Ziels für 2030 beeinträchtigen. Anfang 2023 lehnte die EKR das Fit-for-55-Paket ab, da wir Bedenken hinsichtlich möglicher Kosteneskalationen und des Verwaltungsaufwands für die betroffenen Sektoren hatten. Die EKR erkannte zwar die Rolle eines Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzwerte (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) bei der Bekämpfung der Verlagerung von CO2-Emissionen an, äußerte jedoch Bedenken hinsichtlich des Gesamtkonzepts und möglicher Kostensteigerungen für die Industrie. Die EKR hat auch Bedenken hinsichtlich der Änderungen im neuen Emissionshandelssystem (ETS), da diese in der Zeit nach der Pandemie für die Industrie einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten. Wir sind der Meinung, dass das ETS so gestaltet werden muss, dass ein gesundes Gleichgewicht zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum garantiert wird. Auch lehnte die EKR die Verordnung über die CO2 -Emissionen von Personenkraftwagen und Kleintransportern ab. Der Weg zu Null CO2 -Emissionen und zur vollständigen Elektrifizierung aller neuen leichten Nutzfahrzeuge bis 2035 ist aufgrund der Rohstoffknappheit nicht realistisch und wegen drohender Arbeitsplatzverluste nicht akzeptabel.



Die EKR hat bei der Gestaltung der Euro-7-Emissionsnormen für Fahrzeuge vernünftige Lösungen vorangetrieben

Die EKR spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung der Euro-7-Fahrzeug-Emissionsnormen, die realistische und praktikable Schadstoffgrenzwerte für verschiedene Fahrzeugtypen vorsehen. Mit dieser Rechtsvorschrift, die für Pkw, Lieferwagen, Busse und Lkw gilt, werden außerdem auch Grenzwerte hinsichtlich Partikelverschmutzung durch Bremsen- und Reifenabrieb sowie Bestimmungen zur Haltbarkeit von Batterien eingeführt. Die EKR hat dem übermäßig ehrgeizigen Kommissionsvorschlag gesunden Menschenverstand eingetrichtert und sich gegen zu weitreichende Änderungen der Normen für Verbrennungsmotoren ausgesprochen, um einen Ausgleich zwischen Umweltzielen und Industrieinteressen zu schaffen. In Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen hat die EKR schließlich ein starkes Verhandlungsmandat des Parlaments mit realistischen Emissionsreduktionszielen, realistischen Zeitplänen und kosteneffizienten Testmaßnahmen durchgesetzt. Der Rat teilte schließlich die Bedenken des Parlaments hinsichtlich einer Überregulierung.

Die EKR hat Alternativen zur “All-Electric-Doktrin” des Green Deal gefordert

Während der Arbeit an der Verordnung über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) betonte die EKR nachdrücklich die Notwendigkeit eines technologieneutralen Ansatzes. Der Entwurf des Parlaments blieb jedoch unausgewogen und forderte eine sofortige Umstellung auf Strom, woraufhin wir große Bedenken hinsichtlich der Abhängigkeit von China im Bereich der Batterien äußerten. Der Green Deal sollte auf keinen Fall ein grünes ideologisches Vehikel mit potenziell katastrophalen Folgen werden. Die EKR warnt vor zu ehrgeizigen Zielen, die an der Realität vorbeigehen und die Gefahr bergen, dass der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft in einem Desaster endet.

Die EKR hat die Kernkraft und die technologische Neutralität unterstützt

In allen Bereichen der Regulierung nachhaltiger Finanzen hat die EKR für eine starke Rolle der Kernenergie geworben, da sie die fossilfreie Stromversorgung Europas maßgeblich sichern kann. Die EKR hat wiederholt dazu beigetragen, die Rolle der Kernenergie als erschwingliche, zuverlässige und sichere Energiequelle im Energiemix der Mitgliedstaaten zu stärken. Während der Arbeit an der Schaffung europäischer grüner Anleihen gelang es der EKR, übermäßige Ideologie abzuschwächen und eine Diskriminierung der Kernenergie und der Brückentechnologie Erdgas zu verhindern.





Die EKR hat Nachhaltigkeit unterstützt

Die EKR befürwortet die Förderung nachhaltiger Praktiken durch zirkuläres Design, betont aber, dass die Gesetzgebung verhältnismäßig sein muss und Hersteller und Verbraucher nicht übermäßig belasten dürfen. Im Juli 2023 äußerte die EKR ernsthafte Bedenken gegen die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte und lehnte ein zu ehrgeiziges Verhandlungsmandat ab, das von anderen politischen Fraktionen breite Unterstützung erhalten hatte. Die EKR arbeitete mit dem Rat zusammen, um den Verwaltungsaufwand, mögliche Störungen von Produktion und Innovation und erwartete Konflikte mit bestehenden Rechtsvorschriften zu verringern.

Die EKR hat sich für die richtige Balance bei der Verordnung über Verpackungsabfälle eingesetzt

Die EKR hat dazu beigetragen, zu verhindern, dass Anforderungen in der Verordnung über Verpackungsabfälle, wie zum Beispiel Nachfüllquoten und Verbote impraktikabel und übermäßig kostspielig sind. Die Vereinbarung wurde dadurch zum Meilenstein bei der Bekämpfung übermäßiger Verpackungsabfälle und der Förderung nachhaltiger Produktion. Sie schreibt vor, dass Verpackungen wiederverwertbar sein müssen und möglichst wenig Schadstoffe enthalten dürfen. Außerdem werden spezifische Ziele für die Wiederverwendung festgelegt, bestimmte Arten von Einwegverpackungen eingeschränkt und die Unternehmen verpflichtet, ihren Verpackungsverbrauch zu minimieren. Darüber hinaus sensibilisiert die Vereinbarung die Verbraucher durch die Einführung standardisierter Kennzeichnungsvorschriften für Informationen.

Die EKR hat Arbeitnehmer und Unternehmen unterstützt

Die EKR spielte eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen über den Just Transition Fund (JTF), der wichtigsten Komponente des Just Transition Mechanismus. Dieses Instrument zielt darauf ab, Regionen, Industrien und Arbeitnehmer zu unterstützen, für die die Umsetzung des Green Deal eine besondere Herausforderung ist. Das Investitionspaket in Höhe von insgesamt 17,5 Mrd. Euro stammt aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 und dem Europäischen Konjunkturprogramm. Die EKR hat sich etwa dafür eingesetzt, dass finanziell angeschlagene Unternehmen im Rahmen der befristeten EU-Beihilfevorschriften unterstützt werden können.

EIN DIGITALES EUROPA BAUEN

Wir haben die digitale Welt zu einer Priorität gemacht

Die EKR hat Forderungen nach einem ethischen Rahmen für künstliche Intelligenz unterstützt

Die EKR hat Forderungen nach Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens im Bereich der künstlichen Intelligenz unterstützt, der in der Lage ist, zukünftigen Herausforderungen gerecht zu werden, insbesondere im Hinblick auf ethische Grundsätze für die Entwicklung, Verbreitung und Nutzung von KI in der Robotik und verwandten Technologien. Auch bekräftigten wir die zentrale und unersetzliche Rolle der menschlichen Kontrolle und eines menschenzentrierten Ansatzes bei der Nutzung von KI.

Die EKR hat Freiheit, Transparenz und Verbraucherschutz im digitalen Bereich gefördert

Im Bereich der Digitalpolitik - die das KI-Gesetz, das Gesetz über digitale Dienste (DSA) und das Datengesetz umfasst - waren wir von dem Bestreben geleitet, ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit der Regulierung und dem Gebot der Innovationsförderung zu schaffen. In verschiedenen Gesetzgebungsakten haben wir uns stets für Meinungsfreiheit und Transparenz eingesetzt. Im Bereich der digitalen Dienste hat die EKR dafür gesorgt, dass die Vorschriften die Herausforderungen großer Online-Plattformen berücksichtigen ohne die freie Meinungsäußerung einzuschränken. Unsere Bemühungen führten zu Bestimmungen, die es Nutzern ermöglichen, Entscheidungen über die Moderation von Inhalten anzufechten, und die eine größere Transparenz hinsichtlich der internen Moderationspolitik von Online-Plattformen gewährleisten. Wir haben erfolgreich die Einführung einer Massenüberwachung des Internets abgewehrt, eine Maßnahme, die die bürgerlichen Freiheiten hätte einschränken können.

Die EKR hat den Verbraucherschutz im Gesetz über digitale Dienste (DSA) sichergestellt

In allen EU-Rechtsrahmen haben wir versucht sicherzustellen, dass der Verbraucherschutz nicht außer Acht gelassen wird. Beim DSA haben wir uns darauf konzentriert, besser gegen Benutzeroberflächen vorzugehen, die vorsätzlich entworfen wurden, um Nutzer zu täuschen. Auch unterstützten wir zusätzliche Vorschriften bei Gütern, die über online Marktplätze verkauft werden, um die Rechte der Verbraucher zu sichern. Mit der Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit haben wir dafür gesorgt, dass Online-Marktplätze strenge Sicherheitsstandards erfüllen. Die EKR konnte auch außerdem Vorschläge durchbringen, die die Entwicklung digitaler Kapazitäten von Marktüberwachungsbehörden unterstützen und die für die Erkennung und erfolgreiche Entfernung gefährlicher Produkte vom Markt entscheidend sein werden.




ZURÜCK ZUM GESUNDEN
MENSCHENVERSTAND

Die EKR hat sich für transparente Systeme der künstlichen Intelligenz (KI) eingesetzt

Wir haben uns für Transparenz bei KI-Systemen eingesetzt, insbesondere bei grundlegenden und allgemein einsetzbaren KI-Systemen wie ChatGPT. Wir sehen KI als Motor für Wachstum und Wohlstand, vorausgesetzt, sie wird angemessen überwacht. Die EKR lehnt den Einsatz von leistungsstarken KI-Systemen für Social Scoring oder Massenüberwachung ab, weil diese die Teilnahme an Demonstrationen oder an einer legitimen Opposition gegen kontroverse staatliche Maßnahmen beeinflussen könnten.

Die EKR hat die Schranken des Geoblockings durchbrochen

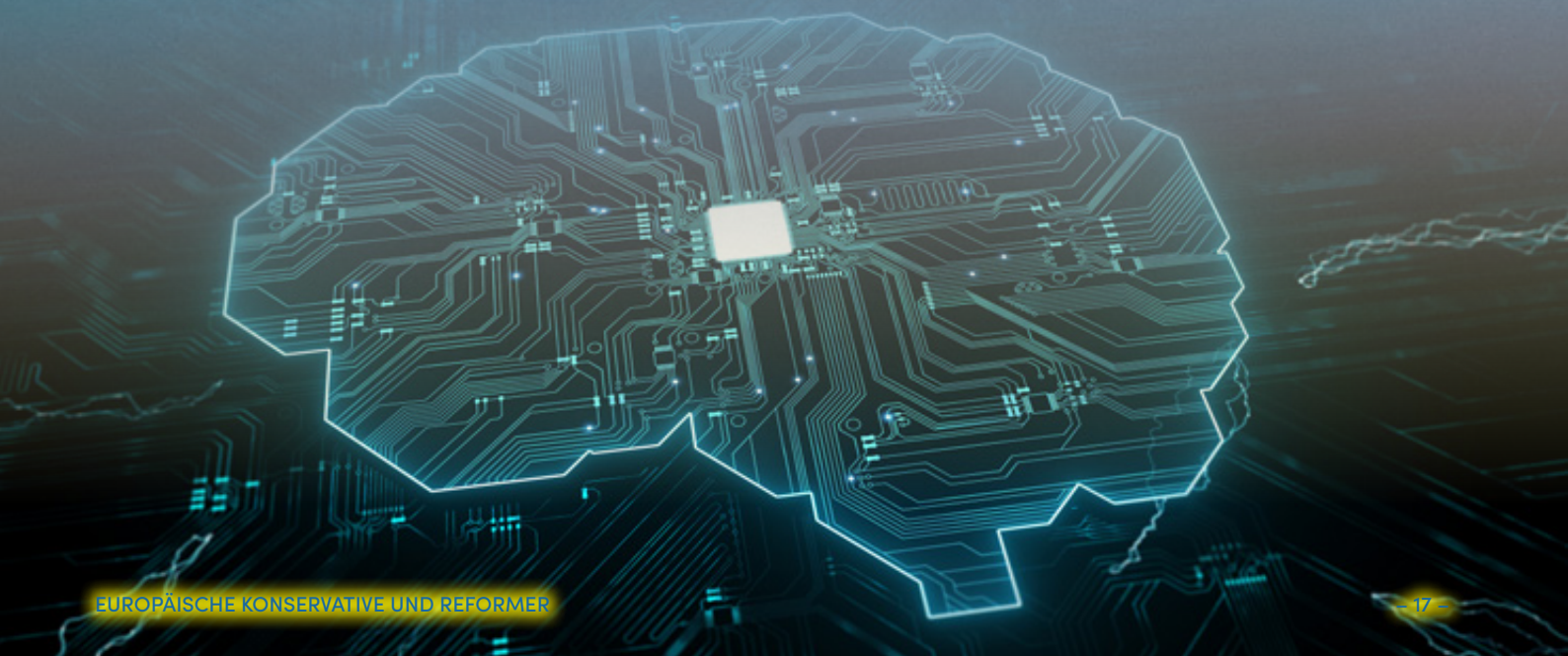
Die EKR war federführend bei der Bewertung der Umsetzung von Geoblocking-Vorschriften als Teil ihrer umfassenderen Agenda zum grenzüberschreitenden Handel und zur digitalen Marktintegration. Unser Schwerpunkt lag auf der Abschaffung von Geoblocking sowie einem leichteren Zugang zu Unterhaltung und Nachrichten in der jeweiligen Landessprache. Die Komplexität von Urheberrechts- und Lizenzvereinbarungen wurde anerkannt und es wurde ein ausgewogener Ansatz angestrebt, der die Auswahlmöglichkeiten der Verbraucher erhöht, ohne die Kreativwirtschaft zu gefährden.

Die EKR hat die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit auf dem digitalen Markt gefördert

Die Anerkennung der Bedeutung von Cloud-Diensten im Datengesetz war ein entscheidender Schritt für die Entwicklung fortschrittlicher Anwendungen. Die EKR veränderte den Vorschlag der Kommission, um sicherzustellen, dass EU-Kunden auch weiterhin aus den fortschrittlichsten Technologien auf dem Markt auswählen können. Dieser Ansatz erforderte eine Reihe von intensiven Verhandlungen. Am Ende gelang es der EKR jedoch, mehr Flexibilität zwischen Anbietern und Kunden zu schaffen, Innovationskanäle offen zu halten und die Freiheit der Geschäftstätigkeit in der EU für alle Marktteilnehmer zu bewahren.

Die EKR hat die regulatorischen Sandboxen für künstliche Intelligenz erweitert

Unser Einsatz für regulatorische Sandkästen im Gesetz über künstliche Intelligenz ist ein Beispiel dafür, wie wichtig uns technologische Innovation ist. Regulatorische Sandboxen ermöglichen es, KI-Systeme in einem kontrollierten Umfeld vorab zu testen und dadurch potenzielle Risiken zu beherrschen. Die EKR ist stolz darauf, dass die Kommission beschlossen hat, diese Idee der EKR aufzugreifen.



WACHSTUM ANKURBELN

Wir haben pragmatische Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums vorgeschlagen

Die EKR hat die EU-Gesetzgebung überprüft

Im Einklang mit den Grundsätzen von Markteffizienz, evidenzbasierter Politik und regulatorischer Umsicht ist es der EKR gelungen, Klauseln zur strategischen Überprüfung in die EU-Gesetzgebung aufzunehmen. Diese Klauseln gewährleisten, dass die Wirksamkeit von Bestimmungen und ihre Auswirkungen auf Bürger und Unternehmen überprüft werden. Sie bieten die Möglichkeit, die Effizienz von Gesetzgebung zu beurteilen und ob die gesetzten Ziele erreicht wurden oder ob sie mit den sich entwickelnden Marktrealitäten und technologischen Fortschritten noch im Einklang steht.

Die EKR hat den offenen Binnenmarkt gefördert

Die EKR hat die Agenda der Kommission unter anderem durch Initiativberichte im Bereich des Binnenmarkts maßgeblich geprägt. Unser Schwerpunkt umfasste den Abbau von Schranken auf dem Dienstleistungsmarkt, die Verringerung nichttarifärer Hindernisse und die Stärkung der digitalen Verwaltung. Unser Ziel ist es, die vier Freiheiten aufrechtzuerhalten und einen Binnenmarkt zu fördern, der nicht diskriminiert und allen Mitgliedstaaten, Unternehmen, Verbrauchern und der europäischen Wirtschaft insgesamt zugutekommt. Das unerschütterliche Engagement der EKR für den Binnenmarkt hat zur Einrichtung einer Taskforce für die Durchsetzung des Binnenmarktes und zur Ausarbeitung wichtiger Berichte über die Zukunft des Binnenmarktes geführt. Ein Beispiel dafür ist der Bericht über die Beseitigung nichttarifärer und nichtsteuerlicher Hemmnisse und ein Bericht über die Stärkung des freien Dienstleistungsverkehrs, in dem wir der Kommission klare Empfehlungen dazu geben, was getan werden muss, damit die Unternehmen das ungenutzte Potenzial der digitalen Integration im Dienstleistungssektor besser nutzen können.

Die EKR hat gegen die Sorgfaltspflichtrichtlinie gekämpft, um unnötige Bürokratie zu vermeiden

Die EKR war die kritischste Gruppe gegenüber der neuen Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen und wies darauf hin, dass die Umsetzung sehr problematisch sein wird, insbesondere für KMU, da die Lieferketten komplex sind und aus Hunderten, manchmal sogar Tausenden von Unternehmen bestehen. Unserer Meinung nach sollte die Sorgfaltspflicht nur für den vorgelagerten Teil der Lieferkette gelten. Da in der EU bereits ein sehr hoher Standard an Menschenrechten, Umweltstandards und rechtlich verbindlichen Rahmenbedingungen besteht, sollte bei Unternehmen mit Sitz in der EU davon ausgegangen werden, dass sie im Einklang mit nationalem und EU-Recht aktiv sind. Lieferketten innerhalb der EU sollten daher vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen werden.





Die EKR hat das geistige Eigentum geschützt

Industriezweige, die intensiv auf geistigem Eigentum beruhen, erwirtschaften 45 Prozent des BIP der EU und 93 Prozent der gesamten EU-Exporte. Die EKR hat sich besonders darum bemüht, die Bedeutung der finanziellen Unterstützung von KMU für den Schutz und das Screening von geistigem Eigentum sowie die Unterstützung bei der raschen Anmeldung von Marken oder Geschmacksmustern hervorzuheben. Zuvor schützte das EU-Recht nur geografische Angaben (g.A.) für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Lebensmittel, Weine und Spirituosen, und es gab auf EU-Ebene keinen Mechanismus zum Schutz der Namen von Handwerks- und Industrieprodukten. Der EKR ist es gelungen, den Schutz der geografischen Angaben direkt auf Produkte anzuwenden. Die Erzeuger können nun den Zusammenhang zwischen Qualität und geografischer Herkunft bescheinigen und so besondere lokale Fertigkeiten und Traditionen schützen.

Die EKR hat dazu beigetragen, die Vorschriften für Investmentfonds flexibler und unternehmensfreundlicher zu gestalten

Die EKR hat erfolgreich eine Überarbeitung der Vorschriften für europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF) ausgehandelt. Es wird für Kleinanleger einfacher sein, ihre Ersparnisse in

eine gut diversifizierte Anlageklasse zu investieren, vorbehaltlich angemessener Garantien für den Anlegerschutz. Die Unternehmen in der EU werden besseren Zugang zu stabileren und diversifizierten langfristigen Finanzierungen haben, was der EU-Wirtschaft insgesamt zugute kommt. Nach Schätzungen könnten die von der EKR vorgeschlagenen Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren zu zusätzlichen privaten Investitionen in Höhe von 100 Mrd. Euro in Bereichen wie Infrastrukturprojekte, Immobilien und KMU führen.

Der EKR hat den Zahlungsverkehr für Verbraucher und Unternehmen reibungsloser und schneller gemacht

Dank der Arbeit der EKR werden die Banken in der EU verpflichtet sein, ihren Kunden sekundenschnelle Zahlungsdienste ohne zusätzliche Kosten anzubieten. Geld muss zu jeder Tageszeit, auch außerhalb der Geschäftszeiten, innerhalb von zehn Sekunden überwiesen werden, und zwar nicht nur innerhalb des gleichen Landes, sondern auch grenzübergreifend. Die Kunden werden von reibungsloseren Zahlungsmöglichkeiten profitieren, die Unternehmen werden mit niedrigeren Kosten konfrontiert und die EU-Zahlungssysteme insgesamt werden wettbewerbsfähiger. Die EKR hat auch dafür gesorgt, dass Fintech-Unternehmen unter bestimmten Bedingungen direkten Zugang zur Zahlungsinfrastruktur der Europäischen Zentralbank haben, anstatt Banken dafür bezahlen zu müssen.

Die EKR hat dazu beigetragen, klare Regeln für Crowdfunding aufzustellen

Mit Hilfe der EKR wurde ein harmonisierter Ansatz mit einem einheitlichen Regelwerk für in der EU tätige Crowdfunding-Dienste geschaffen. Da Crowdfunding häufig eine attraktive Finanzierungsoption für Start-ups und KMU ist, ist auch ein hohes Maß an Verbraucherschutz Teil des Pakets.

Die EKR hat sich für Realismus und Technologieneutralität bei der Regulierung nachhaltiger Finanzen eingesetzt

Eine der Hauptprioritäten der EKR war es, bei Unternehmensfinanzierungen unnötige Regulierungen im Bereich der Nachhaltigkeit zu reduzieren. Somit können die Unternehmen besser wachsen, wettbewerbsfähig und rentabel bleiben und mehr Arbeitsplätze schaffen. Die EKR betonte die Notwendigkeit, ein Gegengewicht zur Betonung spezifischer grüner Sektoren zu schaffen und Innovationen in allen Bereichen zu fördern, um ein breiteres Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.



Die EKR hat für einen fairen und offenen digitalen Markt gesorgt

Beim Gesetz über digitale Dienste (DSA) haben wir die Grundsätze der beschränkten Haftung und des Herkunftslandes, die die Eckpfeiler eines fairen und offenen digitalen Marktes in Europa sind, gestärkt. Wir haben entscheidend dazu beigetragen, dass diese Grundsätze für KMU handhabbar bleiben und ein digitales Umfeld entsteht, in dem Unternehmen nicht übermäßigen Regularien ausgesetzt sind. Unser Engagement für eine offene und wettbewerbsfähige Wirtschaft spiegelt sich auch in unserer Unterstützung für Multi-Cloud-Strategien wider.

Die EKR hat die EU-Normung im Bereich KI geprägt

Die EKR hat maßgeblich dazu beigetragen, den Normungsansatz im Einklang mit den Grundwerten der Markteffizienz und der strategischen geopolitischen Zusammenarbeit zu gestalten. Die Bewältigung von Herausforderungen, die disruptive Technologien wie KI und die wachsende Abhängigkeit von digitalen Werkzeugen heute stellen, erfordert einen kooperativen Ansatz mit globalen Partnern. In einem EKR-Bericht über die Normungsstrategie für den Binnenmarkt betonten wir die Bedeutung eines offenen und wettbewerbsfähigen EU-Marktes, der effektiv mit globalen Partnern zusammenarbeitet. Die EKR lehnte den Vorschlag der Kommission ab, bestimmte Unternehmen aufgrund ihres Niederlassungslandes zu benachteiligen, mit der Ausnahme falls die nationale Sicherheit bedroht ist. Wir setzten uns für Kooperationen mit transatlantischen Partnern und verbündeten asiatischen Ländern ein. Eine wichtige Errungenschaft der EKR war, dass das Parlament in seinen Empfehlungen betonte, den KMU eine stärkere Stimme zu geben und den Normungsprozess repräsentativer für die unterschiedlichen Marktbedürfnisse zu gestalten.

Die EKR hat die Anwendung neuer Anti-Zwangarbeitsbestimmungen für KMU vereinfacht

Im Hinblick auf die neue Verordnung, die einheimische und importierte Produkte verbietet, die ganz oder teilweise unter Einsatz von Zwangsarbeit hergestellt wurden, betonte die EKR die Notwendigkeit einer Folgenabschätzung darüber, wie sich die Rechtsvorschriften auf die europäische Wirtschaft auswirken würden. Wir haben die Kommission dazu angestoßen, Leitlinien zu erstellen, die KMU bei der Umsetzung dieser Vorschriften helfen werden. Auch wenn wir Vorbehalte hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen der neuen Vorschriften auf den Binnenmarkt, insbesondere für europäische KMU und Verbraucher, haben, so unterstützen wir doch das Ziel der Verordnung und verurteilen Zwangsarbeit in all ihren Formen.



HANDEL FÖRDERN

Wir haben uns für eine visionäre Handelsstrategie eingesetzt

Die EKR hat die offene strategische Autonomie unterstützt

Nach der Covid-19-Krise und der brutalen russischen Aggression in der Ukraine ist klar geworden, dass die Globalisierung, wie wir sie kennen, mit ihrem Just-in-Time-Modell unter Druck steht und die Lieferketten der EU-Industrie verschiedene Schwachstellen haben. Die EKR hat daher das Konzept der offenen strategischen Autonomie unterstützt, das das Nearshoring und die Verlagerung von Schlüsselproduktionen in die EU-27 fördert ohne in die Falle zu tappen, Protektionismus zu betreiben.

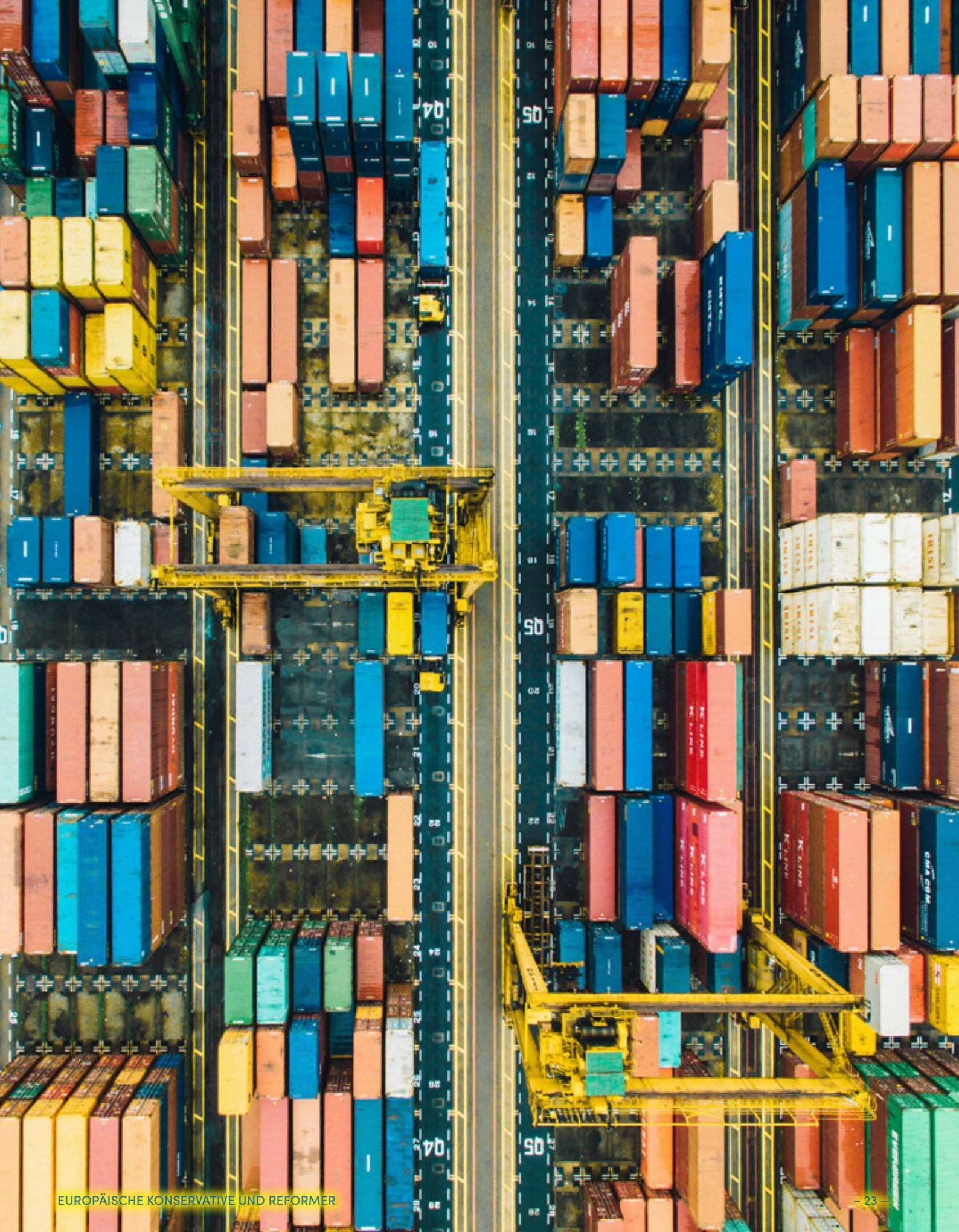
Die EKR war federführend beim Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen der EU und Vietnam

Während ihrer gesamten Amtszeit hat sich die EKR für einen regelbasierten und offenen Handel eingesetzt. Mehr offener Handel bedeutet mehr Arbeitsplätze, mehr Geschäftsmöglichkeiten, eine größere Diversifizierung unserer Lieferketten und billigere Waren. Die EKR war federführend bei dem umfassendsten Handelsabkommen, das jemals mit einem Entwicklungsland abgeschlossen wurde: dem Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Vietnam. Es ist uns gelungen, dieses Abkommen durch das Europäische Parlament zu lenken in einer Zeit, in der andere Fraktionen neuen EU-Handelsabkommen weit weniger positiv gegenüberstanden und ein auf Sanktionen und Protektionismus basierendes Handelsmodell bevorzugten.

Die EKR hat die Handelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland sowie zwischen der EU und Chile unterstützt

Die EKR unterstützte auch die Annahme der Handelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland sowie zwischen der EU und Chile. Wir finden es höchst bedauerlich, dass in der Legislaturperiode 2019-2024 nur drei neue Handelsabkommen ratifiziert wurden. Die EKR ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, weitere Märkte zu öffnen und unsere Lieferketten zu diversifizieren, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu wichtigen Rohstoffen. Für uns ist es dabei wichtig, dass solche Abkommen immer für beide Seiten von Vorteil sind.





Die EKR hat das Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich und die Einrichtung eines vollwertigen Handels- und Technologierates mit den USA unterstützt

In der Erkenntnis, wie wichtig die weitere Stärkung der transatlantischen Beziehungen ist, hat die EKR das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA) und das anschließende Windsor-Rahmenabkommen, das einen möglichst reibungslosen Handel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ermöglicht, voll unterstützt. Wir haben uns auch an vorderster Front für die Einrichtung eines vollwertigen Handels- und Technologierates mit den USA eingesetzt.

Die EKR hat die Kooperation mit Indien in den Bereichen Handel, geografische Angaben und Investitionen verbessert

Die EKR sieht ein hohes Wachstumspotential im indo-pazifische Raum. Wir sicherten uns daher nicht nur die Berichterstatterschaft für einen zukunftsweisenden Bericht über die Beziehungen zwischen der EU und der Region, sondern wir übernahmen auch die Federführung bei der Förderung engerer Beziehungen zwischen der EU und Indien. Wir leiteten auch einen Bericht über eine Kooperation mit Indien im Bereich Investitionen und geografische Indikationen, der im Plenum starke Unterstützung fand. Darüber hinaus unterstützte die EKR nachdrücklich die Einrichtung eines speziellen Handels- und Technologierates mit Indien.

Die EKR hat EU-Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb geschützt

Um Unternehmen und Arbeitsplätze in der EU besser vor unlauterem Wettbewerb zu schützen, unterstützte die EKR neue EU-Vorschriften gegen Wettbewerbsbeschränkungen, eine Vorschrift für ausländische Subventionen und das Instrument für das internationale Beschaffungswesen. Die EKR begrüßte auch die Schaffung einer stärkeren Dienststelle für die Durchsetzung von Handelsbestimmungen innerhalb der Kommission, um gleiche Wettbewerbsbedingungen für EU-Unternehmen in der ganzen Welt zu gewährleisten. Was die Reform des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) betrifft, so wird die EKR weiterhin den Vorschlag der Kommission unterstützen, die Handelspräferenzen von der Zusammenarbeit der begünstigten Länder im Bereich der Migration und der Rückübernahme abgelehnter Asylbewerber abhängig zu machen.

Die EKR hat die Reform der Welthandelsorganisation gefordert

Die EKR ist sich bewusst, dass Freihandel und Globalisierung allen zugutekommen müssen und dass die Gesetzgeber bei allen internationalen Handelsabkommen deren Auswirkungen auf Löhne, Arbeitsplätze, die lokale Industrie und die Zukunft der EU-Wirtschaft berücksichtigen müssen. Deshalb sind wir der Meinung, dass die EU zusammen mit strategischen Verbündeten wie den USA und dem Vereinigten Königreich die Führung bei der Förderung einer zukunftssicheren Reform der Welthandelsorganisation übernehmen sollte, einschließlich der Einrichtung einer gut funktionierenden Berufungsinstanz als zweistufiges Streitbeilegungssystem.



EIN GESÜNDERES EUROPA

Wir haben eine Schlüsselrolle beim Gesundheitsschutz gespielt

Die EKR hat dazu beigetragen, auf die Covid-19-Krise zu reagieren

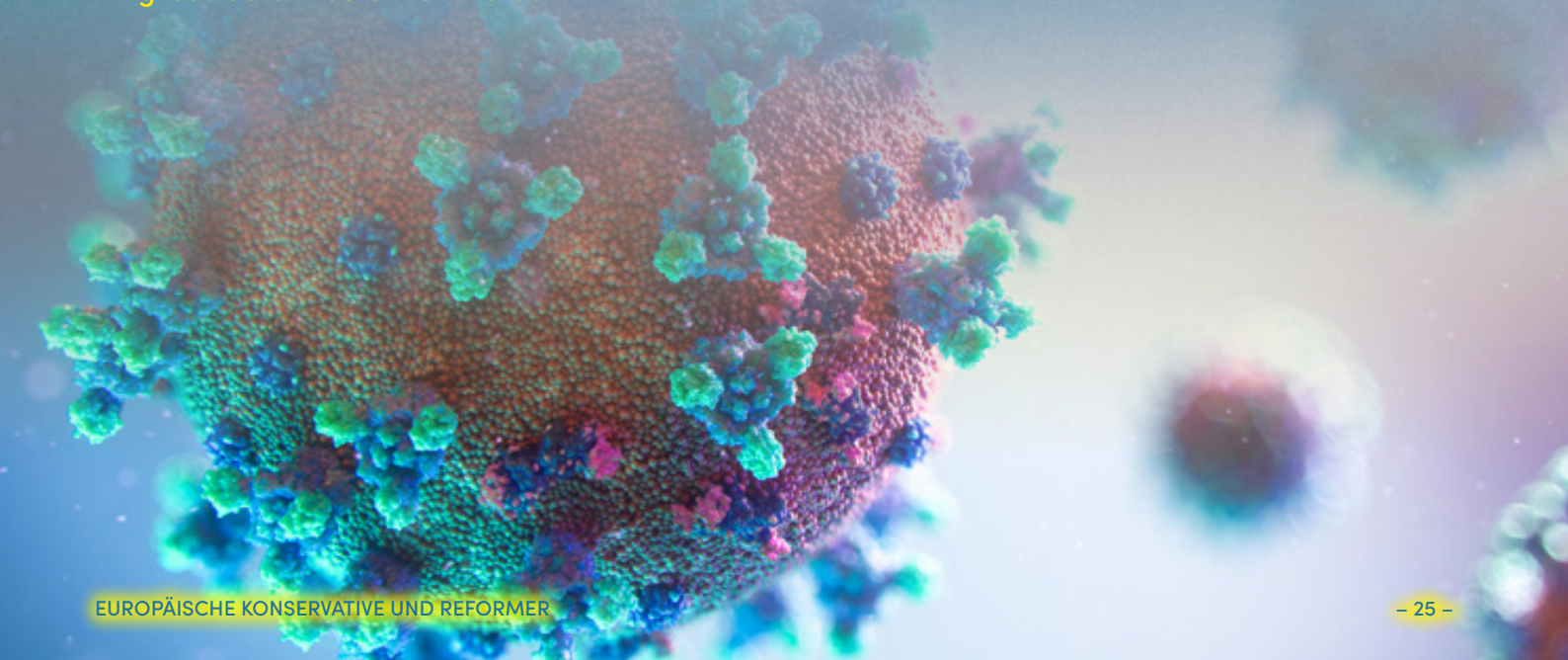
Während der Covid-19-Pandemie trug die EKR dazu bei, die Genehmigung der "Coronavirus Response Investment Initiative" (CRII) und der "Coronavirus Response Investment Initiative Plus" (CRII+) zu beschleunigen. Unsere Abgeordneten unterstützten die Vorschläge der Kommission und trugen so effektiv zu den Notmaßnahmen bei. Die EKR betonte wie wichtig eine Vereinfachung der Kohäsionspolitik ist und forderte Flexibilität bei der Nutzung der bereitgestellten Mittel, um den Bedürfnissen der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen schneller gerecht zu werden.

Die EKR hat dazu beigetragen, die durch die Pandemie ausgelöste Krise zu bewältigen

Inmitten der Covid-19-Pandemie spielte die EKR eine entscheidende Rolle bei der raschen Verabschiedung der REACT-EU-Verordnung. Dieses Hilfspaket in Höhe von 47,5 Mrd. Euro, das über die europäischen Strukturfonds bereitgestellt wird, umfasste 37,5 Mrd. Euro für 2021 und 10 Mrd. Euro für 2022. Die REACT-EU-Mittel wurden eingesetzt, um die Wirtschaft als Reaktion auf die Pandemie unmittelbar zu unterstützen und dabei Themen wie die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Beschäftigung junger Menschen, die Gesundheitssysteme und die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen anzugehen.

Die EKR hat das Mandat des ECDC für eine wirksame Prävention und Bekämpfung von Krankheiten gestärkt

Die EKR übernahm die Führung bei der Aushandlung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC). Die daraus resultierende Vereinbarung brachte wesentliche Aktualisierungen der Überwachungs-, Frühwarn- und Reaktionsstrategien mit sich. Sie richtete eine EU-Gesundheits-Taskforce ein und beauftragte das ECDC mit der Entwicklung digitaler Plattformen. Durch die Arbeit der EKR wurde auch eine bessere Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sichergestellt. Die EKR stellte sicher, dass EU- Maßnahmen mit den Mitgliedstaaten koordiniert werden.





Die EKR hat die Bereitschaft der EMA für Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit gestärkt

Die EKR spielte auch eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Fähigkeit der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA), auf Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit wie Covid-19 zu reagieren. Dank der Bemühungen des EKR ist die EMA nun besser in der Lage, Engpässe bei kritischen Arzneimitteln zu überwachen und zu beheben, die rechtzeitige Entwicklung sicherer und wirksamer Arzneimittel zu erleichtern und sicherzustellen, dass Expertengremien risikoreiche Medizinprodukte bewerten und Ratschläge für die Krisenvorsorge und das Krisenmanagement zu geben.

Die EKR hat die EU besser gegen künftige Gesundheitskrisen aufgestellt

Die EKR spielte eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines koordinierten und mit nationalen Plänen verknüpften Plans, der bei schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen aktiviert wird. Die Kommission wird befugt, eine gesundheitliche Notlage festzustellen und Mechanismen zur Überwachung von Arzneimittelengpässen oder zur Aktivierung der Unterstützung durch das ECDC in Gang zu setzen. Der Gesundheitssicherheitsausschuss (HSC) des Rates spielt in Zukunft eine entscheidende Rolle bei der Verstärkung der Koordinierung und des Informationsaustauschs über nationale Bereitschaftsmaßnahmen.



Die EKR hat sich für den Kampf gegen Krebs eingesetzt

Die EKR spielte eine einflussreiche Rolle im Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung. Dank der EKR enthält der Abschlussbericht über Krebsprävention, -diagnose, -behandlung und -pflege nun erhebliche Verbesserungen.

Die EKR hat dazu beigetragen, einen EU-Binnenmarkt für Arzneimittel zu schaffen

Die EKR hat maßgeblich zur Aktualisierung des EU-Arzneimittelrechts beigetragen, damit Arzneimittel allen Europäern leichter verfügbar werden. Dazu gehört die Schaffung eines Rechtsrahmens, um die Kontrolle über die Umweltauswirkungen der pharmazeutischen Lieferkette zu verbessern mit dem Ziel, auf einen einheitlichen Markt für Arzneimittel in der EU hinzuarbeiten.

Die EKR hat sich am Kampf gegen Asbestrisiken beteiligt

Obwohl Asbest in der EU verboten ist, ist er mit 78 Prozent der berufsbedingten Krebserkrankungen nach wie vor eine Hauptursache dafür, dass Menschen an Krebs erkranken. Die EKR unterstützte einen Bericht, in dem ein besserer Schutz gefordert wird, und befürwortete eine zehnfache Senkung des Grenzwerts für die berufsbedingte Exposition. Den Mitgliedstaaten wurde ausreichend Zeit eingeräumt, um fortschrittliche Technologien, wie die Elektronenmikroskopie, zur Erkennung kleinerer Asbestfasern einzuführen, eine Maßnahme, die den Schutz der Arbeitnehmer in Zukunft verbessern wird.

AUF DER SEITE DER LANDWIRTE

Wir haben unsere Landwirte und Fischer verteidigt

Die EKR hat die Landwirte vor den schlimmsten Auswirkungen des Green Deal bewahrt

Die EKR hat sich schon immer aktiv dafür eingesetzt, dass die Versorgung mit Lebensmitteln auf die wirtschaftlich nachhaltigste Weise erfolgt. Deshalb haben wir uns in dieser Legislaturperiode für einen wissenschaftlich fundierten Ansatz für den Green Deal und insbesondere für die Abmilderung der negativen Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion und die Einkommen der Landwirte eingesetzt. Die Mitglieder der EKR forderten eine zusätzliche kumulative Folgenabschätzung der Green-Deal-Initiativen, insbesondere im Bereich der Farm-to-Fork-Strategie.

Die EKR hat sich für Realismus in der EU-Strategie "Vom Erzeuger zum Verbraucher" eingesetzt

Die EKR sprach sich gegen den zielgerichteten Ansatz der "Farm to Fork"-Strategie zur Verringerung des Pestizideinsatzes aus und äußerte Bedenken über die zweifelhaften Beweise, die dem Gesetzesentwurf zugrunde liegen, sowie darüber, dass er die unterschiedlichen Bedingungen der europäischen Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten nicht berücksichtigt. Die EKR unterstützt zwar eine nachhaltige Landwirtschaft, betonte jedoch die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes, der Umwelt-, Gesundheits-, Biodiversitäts- und Wirtschaftsfaktoren berücksichtigt. Die der Strategie zugrunde liegende Gesetzgebung bringt hohe Kosten mit sich, die sich sowohl auf die Erzeuger als auch auf die Verbraucher nachteilig auswirken. Außerdem haben wir große Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit.

Die EKR hat sich gegen überregulierte Naturschutzgesetze eingesetzt

Die EKR vertrat eine starke Position gegenüber der Verordnung zur Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen und erhob Einwände aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen der Biodiversitätsziele auf Entwicklungsprojekte und die Ernährungssicherheit. Während der Verhandlungen mit dem Rat gelang es der EKR jedoch, einige dieser Bedenken auszuräumen, indem sie den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität zugestand. Dazu gehörten Opt-outs, freiwillige Indikatoren und zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen in Fragen der Ernährungssicherheit. Trotzdem haben wir nach wie vor Bedenken hinsichtlich unvorhergesehener Auswirkungen auf die nationalen und europäischen Haushalte sowie aufgrund des erhöhten Verwaltungsaufwands.




ZURÜCK ZUM GESUNDEN
MENSCHENVERSTAND

Die EKR hat sich für den Abbau von Bürokratie in der Gemeinsamen Agrarpolitik eingesetzt

Die EKR hat sich für weniger Bürokratie und eine Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ausgesprochen. Die Landwirte sollten die Möglichkeit haben, die Lebensmittelproduktion in ihrem Betrieb an die lokalen Bedingungen anzupassen. Dank der EKR wurde die Präzisionslandwirtschaft als eines der Ökosysteme anerkannt, für das Landwirte eine Prämie erhalten können.

Die EKR hat Junglandwirte unterstützt

Die EKR ist die Stimme der Junglandwirte in Europa. Es ist wichtig, die Landwirtschaft für die neue Generation von Landwirten attraktiv zu halten, damit unsere Lebensmittelproduktion auch in Zukunft garantiert ist. Dank der EKR wurde ein höherer Prozentsatz des Budgets der Gemeinsamen Agrarpolitik für die besonderen Herausforderungen von Junglandwirten bereitgestellt. Es wurde vereinbart, dass ein Betrag in Höhe von mindestens 3 Prozent des Direktzahlungsrahmens jedes EU-Landes für die Unterstützung von Junglandwirten verwendet werden muss. Die EKR forderte außerdem, dass neue EU-Politiken und -Rechtsvorschriften auf ihre Auswirkungen auf Junglandwirte hin überprüft werden sollen.

Die EKR hat dafür gekämpft, dass die Ökologisierung die Lebensfähigkeit und Rentabilität der Landwirtschaft nicht gefährdet

Die EKR hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass die EU-Politik auf einem Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekten beruht. Im Fall der Naturschutzverordnung gelang es der EKR, eine Koalition zu bilden, die bei der Abstimmung über den Standpunkt des Parlaments die umstrittensten Bestimmungen, einschließlich übermäßiger Renaturierungsverpflichtungen für den Agrarsektor, ablehnte. Obwohl viele umstrittene Elemente gestrichen wurden, ist die EKR der Ansicht, dass die negativen Auswirkungen vieler Naturschutzvorschriften auf die Landwirtschaft und die sozioökonomischen Aktivitäten in den ländlichen Gebieten zu groß sind, und hat daher eine klare Haltung dagegen eingenommen.

Die EKR hat sich dafür eingesetzt, dass die Forstwirtschaft in der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibt

Seit mehreren Jahren bemüht sich die Europäische Kommission konsequent um eine Ausweitung ihrer eigenen Kompetenzen im Bereich der Forstwirtschaft, wobei sie sich auf die Rechtsgrundlage der geteilten Zuständigkeiten im Bereich des Umweltschutzes (Artikel 4 AEUV) stützt. Diese Aktivitäten haben sich im Jahr 2022 beschleunigt, wobei die “Konferenz über die Zukunft Europas” eine zusätzliche Triebkraft und sozusagen die ideologische Basis darstellte. Die EKR wendete sich entschieden gegen diese Bestrebungen sowie gegen die neue EU-Forststrategie für 2030. Unsere Mitglieder betonten, dass die Forstpolitik von unten nach oben (bottom-up) erfolgen sollte, um besser auf die regionalen und lokalen Bedürfnisse einzugehen und Maßnahmen zu definieren, die ein angemessenes Gleichgewicht zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekten darstellen.



Die EKR unterstützte ein Schulprogramm für Obst, Gemüse, Milch und Molkereiprodukte

Die EKR unterstützt den Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung für alle Kinder, unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status. In einem Änderungsanträgen forderte die EKR die Mitgliedstaaten auf, den Verwaltungsaufwand für die Umsetzung einer Regelung für gesunde Schulverpflegung zu verringern. Die EKR unterstützt die Forderung nach einer stärkeren Kommunikation über die Herstellung von agrarischen Erzeugnissen, wobei der Schwerpunkt auf der Förderung regionaler und lokaler Produkte liegt.

Die EKR hat dazu beigetragen, ein einzigartiges System von geografischen Angaben zu schaffen

Die EKR-Fraktion hat die Arbeiten zur Entwicklung eines weltweit einzigartigen Systems geografischer Angaben unterstützt, das ohne öffentliche Investitionen einen bedeutenden Mehrwert schaffen kann. Zum ersten Mal ist die Qualitätsproduktion in den Vordergrund gerückt. Durch die geografischen Angaben wird sichergestellt, dass die landwirtschaftlichen Erzeugnisse von hoher Qualität sind und wirklich aus der Region stammen, in der sie typischerweise nach traditionellen Methoden erzeugt werden.

Die EKR ist Vorreiter bei der Entwicklung von hochwertigem Saatgut für optimale Erträge

Die EKR hat immer betont, wie wichtig die Verfügbarkeit von hochwertigem Saatgut und anderem Vermehrungsmaterial ist, um optimale Erträge zu gewährleisten. Die EKR übernahm deshalb die Federführung bei einer Reihe von Dossiers, darunter ein Bericht über die Verlängerung der Geltungsdauer des Sortenschutzes und ein offizieller Standpunkt des Landwirtschaftsausschusses zu neuen genomischen Techniken. Die EKR ist sich darüber im Klaren, dass gesunde Lebensmittel mit gesundem Saatgut beginnen. Die EKR hat sich auch an vorderster Front für Initiativen eingesetzt, die sicherstellen sollen, dass keine Patente auf Pflanzenmaterial erteilt werden.

Die EKR hat sich für neue Pflanzenzuchttechniken eingesetzt

Die EKR spielte eine zentrale Rolle bei der Ermöglichung neuer Zuchtverfahren und setzte sich für eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften ein, um diese Technologien in Europa offiziell zuzulassen. Die Pflanzenzüchtung, insbesondere durch Gen-Editing-Technologien, ermöglicht eine schnellere und effizientere Entwicklung resistenter bzw. toleranter Pflanzensorten und trägt so zu einem geringeren Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bei. Der Erfolg der EKR zeigt sich nun im Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission, der einen wichtigen Schritt zur Angleichung Europas an den Rest der Welt bei der Übernahme dieser Fortschritte darstellt.





Die EKR kämpft für den Schutz von Nutztieren vor Wölfen

Die EKR hat darauf hingewiesen, dass es inzwischen notwendig geworden ist, sich mit der Gefährdung von Nutztieren durch Großraubtiere, insbesondere von Wölfen, zu befassen. Auf Mitinitiative der EKR wurde der bisherige sehr strenge Schutzstatus von Wölfen an die neue Realität der exponentiell wachsenden Wolfspopulation in Europa angepasst. Seither hat die Kommission erste Schritte unternommen, um den Schutzstatus von Wölfen zu reduzieren, um den Wolfsbestand besser unter Kontrolle halten zu können.

Die EKR sieht Fischer als “Hüter des Meeres”

Fischer haben eine Schlüsselrolle als “Hüter des Meeres”. Die EU-Fischerei und EU-Aquakultur sind Lieferanten gesunder Lebensmittel und tierischer Proteine, die andernfalls importiert werden müssten. Die EKR forderte entsprechend die Kommission auf, bei der Umsetzung von Meeresschutzgebieten faire Bedingungen für alle Wirtschaftssektoren zu gewährleisten.

Die EKR hat den Fischereisektor im Mittelmeer geschützt

Die EKR spielte eine Schlüsselrolle beim Schutz der Fischerei im Mittelmeer, wobei sie die sozioökonomische Dimension hervorhob und auf die Nachteile einging, denen europäische Fischer ausgesetzt sind, weil manche EU-Nachbarländern internationale Abkommen nicht einhalten. Die EKR erkennt die Bedeutung der Fischerei in der Region an und ist bestrebt, jahrtausendealte Traditionen zu schützen, warnt aber gleichzeitig davor, die Nahrungsmittelproduktion der EU für immer höhere Umweltstandards zu opfern. Ein anderer EKR-Bericht unterstrich die Notwendigkeit, internationale Abkommen einzuhalten, um gefährliche Zwischenfälle mit europäischen Fischereifahrzeugen zu verhindern. Darüber hinaus sprach sich die EKR für eine ausgewogene Umsetzung der Gemeinsamen Fischereipolitik aus, bei der wirtschaftliche, ökologische und soziale Nachhaltigkeit berücksichtigt wurden, und betonte die Bedeutung einer stärkeren Einbeziehung lokaler Akteure in die Erstellung von Daten über Fischbestände.

Die EKR hat Fischer und Küstengemeinden unterstützt

Mit Hilfe der EKR wurde Fischern und Küstengemeinden ein leichterer Zugang zu Finanzmitteln aus dem Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) ermöglicht. Die Förderung einer nachhaltigen Fischerei und die Unterstützung der wirtschaftlichen Diversifizierung von Küstengemeinden gehören ebenfalls zu den Initiativen, die durch die EKR erleichtert wurden. Die EKR ist auch die Herausforderungen im Fischerei- und Aquakultursektor während der Covid-19-Krise angegangen, die einen erheblichen Nachfragerückgang verursachten und zu Marktstörungen und einem Rückgang der Preise führten. Zu den von der EKR unterstützten Maßnahmen gehören Hilfen für Fischer, wenn diese vorübergehend ihre Tätigkeit einstellen mussten, sowie Hilfen für Aquakulturbetriebe und Erzeugerorganisationen.

Die EKR hat auf die Umweltauswirkungen von Offshore-Windparks hingewiesen

Die EKR forderte eine Bewertung der potenziellen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Baus von Offshore-Windparks, insbesondere wenn es zu Konflikten mit dem Fischereisektor und der Nachhaltigkeit des Lebens im Meer kommen kann. Die EKR betonte auch die Notwendigkeit, die Auswirkungen auf das Meeresökosystem und die Fischerei zu berücksichtigen, wenn die Mitgliedstaaten ihre Energiemixe festlegen.

Die EKR hat die EU-Fischerei im Nordpazifik unterstützt

Unter der Leitung der EKR ist die EU dem Übereinkommen über die Erhaltung und Bewirtschaftung der Fischereiressourcen der Hohen See im Nordpazifik beigetreten. Die EU-Fischer sind bereits im Südpazifik tätig, wo die Fischerei auf die Sommermonate beschränkt ist. Die Ausweitung der Fischerei auf den Norden wird es den EU-Flotten ermöglichen, das ganze Jahr über im Pazifik zu fischen.

Die EKR hat die Anlandeverpflichtungen für Beifänge bekämpft

Die EKR sprach sich aktiv gegen die neue Verpflichtung zur Anlandung von Beifängen aus und führte dabei Bedenken der Fischereiindustrie und der wissenschaftlichen Gemeinschaft an. Die Stellungnahme der EKR konzentrierte sich auf Themen wie unzureichende Hafeninfrastruktur und aus dem Ruder laufende Betriebskosten. Die EKR sprach sich auch gegen die Anlandeverpflichtung aus und wies darauf hin, dass deren praktische Umsetzung nicht ausreichend durchdacht wurde.

Die EKR hat dem Europäischen Aal neue Lebensräume verschafft

Die EKR hat erkannt, dass die derzeitige Regelung zur Erholung der europäischen Aalbestände verbessert werden könnte. Unter der Leitung der EKR wurden mehrere Empfehlungen verabschiedet, die helfen sollen, Wanderhemmnisse für Aale zu beseitigen und eine nachhaltige Aalfischerei zu fördern.





Die EKR hat sich gegen die Videoüberwachung auf Fischereifahrzeugen eingesetzt

Die EKR lehnte die Verpflichtung zur Videoüberwachung aufgrund von Bedenken zum Schutz der Privatsphäre der Menschen an Bord ab. Die neuen Vorschriften stellen außerdem einen enormen Verwaltungsaufwand dar und sind unnötig, um Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten. Die EKR betonte auch, wie wichtig es ist, den intransparenten und unregulierten chinesischen Fischereiaktivitäten weltweit einen Riegel vorzuschieben.

Die EKR hat betont, wie wichtig gleiche Wettbewerbsbedingungen für EU- und Nicht-EU-Schiffe sind

Die EKR hat darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, die Überwachung aller in den EU-Markt eingeführten Fischereierzeugnisse zu verbessern, um die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Fischereisektors zu erhalten. Für Fischereifahrzeuge aus Drittländern sollten dieselben Vorschriften gelten wie für die EU-Fangflotten, um einen fairen Wettbewerb, Rückverfolgbarkeit, Lebensmittelsicherheit und die Bekämpfung der illegalen Fischerei zu garantieren.

Die EKR hat die Entfernung von Chemikalienrückständen aus der Ostsee gefordert

Aufgrund einer Petition initiierte die EKR eine Resolution, die sich mit dem dringenden Problem der chemischen Rückstände in der Ostsee befasst. Die Resolution hebt die Gefahren hervor, die von versenkter Munition mit gefährlichen Stoffen ausgehen. Sie fordert die internationale Gemeinschaft auf, die Überwachung zu verstärken und drängt auf die Freigabe von Informationen über Versenkungsaktivitäten.

KEINE REGION WIRD ZURÜCKGELASSEN

Wir haben uns um die europäischen Regionen gekümmert

Die EKR hat sich dafür eingesetzt, dass keine Region zurückbleibt

Die EKR spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung der Verordnung über gemeinsame Bestimmungen für den Zeitraum 2021-2027. Wir sorgten dafür, dass die weniger entwickelten Regionen ausreichende Mittel erhalten, um zu den stärker entwickelten Regionen aufzuschließen. Im Programmplanungszeitraum können besonders benachteiligte Regionen EU-Unterstützung mit Kofinanzierungssätzen von bis zu 85 Prozent erhalten. Für die Übergangsregionen gilt ein Kofinanzierungssatz von 60 Prozent, für weiter entwickelte Regionen ein Satz von 40 Prozent.

Die EKR half nach der Covid-19-Pandemie beim Wiederaufbau des Tourismussektors

Die EKR spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung eines Berichts, der sich mit dem Wiederaufbau des Tourismussektors nach Covid-19 befasste. Die EKR forderte Brancheninitiativen für einen nachhaltigen und intelligenten Tourismus, der Veränderungen in der Nachfrage vorwegnimmt. Die EKR erkennt den erheblichen Beitrag des Sektors zur europäischen Wirtschaft an, der 27 Millionen Menschen beschäftigt und 10 Prozent des BIP der EU ausmacht.

Die EKR hat dazu aufgerufen, die Demografie zu einer Priorität zu machen

Die EKR hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Demografie in allen Haushaltspolitiken oberste Priorität haben sollte. Wir schlugen vor EU-Mittel einzusetzen, um die öffentliche Infrastruktur zu verbessern und für ältere Menschen, Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderungen besser zugänglich zu machen. Wir betonten auch die Notwendigkeit, auf die Bedürfnisse der sich entvölkernden Regionen einzugehen, und erklärten, dass eine Aufstockung der EU-Mittel für Infrastruktur, Kommunikation, Breitband-Internet und digitale Kompetenzen diese Gebiete erheblich resilienter machen könnte.





Die EKR hat Talente in den Regionen gefördert

Die EKR leistete einen aktiven Beitrag zu einem vom Europäischen Parlament angenommenen Bericht, der sich mit dem Bevölkerungsrückgang befasst. Bis zum Jahr 2100 wird die Einwohnerzahl in der EU voraussichtlich auf 419,5 Millionen Menschen zurückgehen. In Anbetracht des Rückgangs besonders der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wies die EKR daher die entscheidende Rolle einer angemessen finanzierten Kohäsionspolitik hin. In einem Bericht schlugen wir Steuererleichterungen und Anreize für Familien und Unternehmen in Regionen vor, die in eine "Talententwicklungsfalle" geraten sind. Auch schlägt der Bericht Maßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit städtischer Dienstleistungen vor, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, und fordert die EU-Institutionen auf, Maßnahmen zur Stärkung des lokalen Unternehmertums zu initiieren. Wir betonten die Dringlichkeit, der Abwanderung von Fachkräften und der Entvölkerung entgegenzuwirken, und forderten eine kohärente Politik, die mit Instrumenten und Ressourcen ausgestattet ist, um die Herausforderungen in den betroffenen Regionen anzugehen.

Die EKR hat sich speziell für den Mittelmeerraum eingesetzt

Die EKR hob die Bedeutung des Mittelmeerraums für die EU hervor und forderte eine bessere Koordinierung der Kohäsionspolitik. So trug die EKR entscheidend dazu bei, dass der Fokus der EU über die Umweltverschmutzung hinaus auf Themen wie Energieversorgung, Einwanderung, illegale Fischerei, Tourismus und Beziehungen zu den Mittelmeeranrainerstaaten ausgeweitet wurde. In verschiedenen Berichten wurden mehrere Änderungsanträge der EKR aufgenommen, die sich auf die Nutzung der Kohäsionsfonds für Technologie und Infrastruktur, die Förderung von Handels- und Infrastrukturverbindungen und die Vereinfachung der Zugangsverfahren konzentrieren. Darüber hinaus betonte die EKR die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika, um die Migration zu steuern und humanitäre Katastrophen im Mittelmeerraum zu verhindern.

Die EKR hat dazu beigetragen, die durch den Green Deal verursachten Arbeitsplatzverluste in Bergbauregionen abzumildern

Die EKR hat stets betont, dass die Klimaagenda des Green Deal gerecht, sozial fair und wirtschaftlich inklusiv sein und die unterschiedlichen Ausgangspositionen der Mitgliedstaaten berücksichtigen muss. In Anbetracht der Herausforderungen, mit denen Bergbauregionen konfrontiert sind, unterstützte die EKR im Mai 2021 die Vereinbarung zur Einrichtung des Mechanismus für einen gerechten Übergang. Dieser Mechanismus zielt darauf ab, umfangreiche Unterstützung - bis zu 17,5 Mrd. Euro - bereitzustellen, um negative Folgen der Transition zu minimieren.

Die EKR hat sich für die Bergleute von Turów eingesetzt

Im PETI-Ausschuss brachte die EKR die Sorgen von 30.000 Menschen um ihre Arbeitsplätze zur Verteidigung des Bergwerks Turów vor. Während die Fraktionen der Grünen und Renew Europe nur die Petition gegen das Bergwerk vorantrieben und die EU-Institutionen zum Eingreifen aufforderten, haben EKR-Abgeordnete den Standpunkt der Arbeiter vertreten und betont, dass die Angelegenheit von der tschechischen und polnischen Regierung gelöst werden sollte. Später erzielten die Regierungen tatsächlich eine Einigung.

EIN EUROPA DER VERBINDUNGEN

Wir haben Verbindungen quer durch Europa geknüpft

Die EKR hat sich für eine bessere Verkehrsinfrastruktur eingesetzt

Die EKR setzt sich aktiv für ein robustes europäisches Verkehrsnetz ein, wobei wir dem Ausbau der Infrastruktur Vorrang einräumten. In Anerkennung der Bedeutung für den territorialen Zusammenhalt konzentrierte sich die EKR besonders auf den Bau noch fehlender Verbindungen in Mittel- und Osteuropa, die Beschleunigung von Nord-Süd-Verkehrskorridoren, die Verbesserung multimodaler Knotenpunkte und die Förderung von Projekten wie die "Via Carpathia" und "Rail Baltica" zur Verbesserung der Konnektivität. Darüber hinaus setzte sich die EKR für ein umfassendes Hochgeschwindigkeitseisenbahnnetz ein, das schnelle Verbindungen zwischen allen EU-Hauptstädten vorsieht.

Die EKR hat Lkw-Standplätze sicherer gemacht

Als Reaktion auf eine Petition rumänischer Lkw-Fahrer hat die ECR eine Resolution zur Verbesserung der Sicherheit auf EU-Lkw-Parkplätzen und zur Bewältigung des Fahrermangels initiiert. Der Text forderte auch eine verbesserte Koordination zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten, um organisierte grenzüberschreitende Straftaten zu bekämpfen. Darüber hinaus schlägt die Resolution vor, sprachbarrierefreie Systeme einzuführen, damit Fahrer Verstöße melden können, und Tools zur Suche und Reservierung sicherer Parkplätze zu schaffen, auf denen sie rasten und übernachten können.

Die EKR forderte die vollständige Umsetzung des Schengener Abkommens für Rumänien und Bulgarien

Im Anschluss an eine Petition unterstützte die EKR eine Resolution für die vollständige Umsetzung des Schengener Abkommens durch Rumänien und Bulgarien und betonte, dass alle Mitgliedstaaten gleich behandelt werden und in der Lage sein müssen, von allen Vorteilen zu profitieren, die die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und im Schengen-Raum bietet.

Die EKR hat die Standardisierung des Flugzeug-Handgepäcks unterstützt

Die EKR sprach sich nachdrücklich für eine Standardisierung des Handgepäcks bei Flugreisen aus. Derzeit legen die Fluggesellschaften die Menge und die Abmessungen des Gepäcks, das Passagiere in die Kabine mitnehmen können, individuell fest. Diese Maße variieren oft nur um wenige Zentimeter zwischen den Fluggesellschaften. Dies führt zuweilen zu Unannehmlichkeiten für die Fluggäste, insbesondere wenn sie mit mehreren Fluggesellschaften reisen. Die Harmonisierung der Vorschriften für Handgepäck und die Einführung einer gemeinsamen Mindestgröße werden den europäischen Bürgern das Reisen angenehmer machen.

Die EKR hat sich für eine schnellere LKW-Abfertigung an Grenzübergängen eingesetzt

Die EKR hat eine wichtige Petition unterstützt, die den grenzübergreifenden LKW-Verkehr beschleunigt. Die Wartezeiten an den EU-Binnengrenzen können zum Teil immer noch sehr lang sein, und der Vorschlag der Petition besteht darin, eine europaweite Norm von durchschnittlich einer Minute für die Abfertigung von Lastkraftwagen an den Grenzübergangsstellen zu etablieren.





Die EKR hat sich aktiv dafür eingesetzt, das Bahnfahren verlässlicher zu machen

Die EKR spielte eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Verspätungen und Ineffizienzen im Europäischen Eisenbahnverkehrsmanagementsystems (ERTMS). Eine unserer Empfehlungen lautet, ältere, länderspezifischer Signalsysteme schrittweise durch modernere ERTMS zu ersetzen. Dieser Schritt wird für einheitliche Zugsysteme in ganz Europa sorgen und auch das grenzüberschreitende Reisen beschleunigen.

Die EKR fordert flexiblere Regeln für den Bustourismus

Die EKR hat sich stets für klare und praktische Regeln für alle Verkehrsträger eingesetzt, um Verwaltungsaufwand und die Kosten zu minimieren. Im Zusammenhang mit der Personenbeförderung im Straßenverkehr, insbesondere mit dem Dossier über Mindestpausen und Ruhezeiten im Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen, war die EKR bestrebt, hohen Reisekomfort und gleichzeitig Sicherheit im Straßenverkehr sicherzustellen. Die EKR spielte eine Schlüsselrolle bei der Flexibilisierung und Vereinfachung der Vorschriften für Busfahrer und Busunternehmen, mit spezifischen Ausnahmeregelungen, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Tourismussektors und der Fahrgäste im internationalen und nationalen Reiseverkehr zugeschnitten sind.

Die EKR hat sich für sinnvolle Führerscheinvorschriften eingesetzt

Die EKR hat einen höchst umstrittenen Vorschlag der Grünen zur Einführung einer neuen Führerscheinklasse B+ erfolgreich vereitelt. Der Vorschlag sah vor, die Gültigkeit des Standard-B-Führerscheins auf Fahrzeuge bis zu 1,8 Tonnen zu beschränken und für Fahrzeuge zwischen 1,8 und 3,5 Tonnen einen B+-Führerschein zu verlangen. Der neue Führerschein sollte aber erst ab einem Alter von 21 Jahren erworben werden können, sofern man zwei Jahre lang im Besitz eines Führerscheins der Klasse B war. Dieser sehr bürokratische Ansatz hätte viele SUVs und Elektroautos betroffen. Die EKR sorgte auch dafür, dass der Vorschlag eines obligatorisches Strafpunktesystem aus der Richtlinie gestrichen wurde. Darüber hinaus konnten wir uns mit einem Vorschlag durchsetzen, der vorsieht, dass Elektro-Kleintransporter mit einem Gewicht von bis zu 4,25 Tonnen mit einem B-Führerschein gesteuert werden können. Dieser Vorschlag war ursprünglich fakultativ und soll nun verpflichtend gemacht werden, um die mit den Batterien verbundenen höheren Gewichtsanforderungen zu erfüllen.

EIN EUROPA DER KULTUR

Wir haben den kulturellen Austausch gefördert

Die EKR hat sich für die gegenseitige Anerkennung von EU-Diplomen eingesetzt

Die EKR hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten für die gegenseitige Anerkennung von Sekundarschulabschlüssen und anderen Arten von Abschlüssen oder Lernerfahrungen ausgesprochen.

Die EKR hat Europas Künstler unterstützt

Die EKR hat bürokratische Hindernisse für Künstler in EU-Kultur- und Bildungsprogrammen abgebaut, wobei einige der Vorschläge bereits in die Abschlussberichte aufgenommen wurden. Nach wie vor sind aber Antragsverfahren wie etwa für das Programm Kreatives Europa zu komplex. Die Kompliziertheit benachteiligt vor allem junge Künstler, während erfahrene Künstler mit den Verfahren weniger Probleme haben. Die EKR setzt sich für einen fairen Zugang für alle zum Programm ein.

Die EKR hat sich für die digitale Staatsbürgerschaft eingesetzt

Die EKR hat Maßnahmen zur Stärkung der persönlichen Verantwortung der EU-Bürger vorgeschlagen. Dazu gehört die Förderung digitaler Kompetenzen nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für die aktive Teilnahme an Gesellschaft und demokratischen Prozessen. Die EKR hat außerdem vorgeschlagen, die digitale Kluft innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten zu überwinden, indem maßgeschneiderte Lösungen anstelle von Einheitsstrategien eingesetzt werden.

Die EKR hat dazu beigetragen, die Attraktivität des Europäischen Solidaritätskorps zu steigern

Die EKR war maßgeblich an der Gestaltung des Programms des Europäischen Solidaritätskorps beteiligt. Unter der Federführung der EKR wurde die Altersgrenze für Freiwillige auf 35 Jahre angehoben, und 6 Prozent des Budgets wurden für humanitäre Freiwilligenarbeit bereitgestellt. Die EKR betonte, wie wichtig es ist, dass erfahrene Fachleute junge Freiwillige unterstützen, und führte Evaluierungsprotokolle ein, um die Auswirkungen der Freiwilligen auf lokale Gemeinschaften zu bewerten. Dadurch wird das Europäischen Solidaritätskorps noch integrativer und effektiver.

Die EKR war führend bei der Anerkennung von E-Sport

Die EKR unterstützte einen Bericht, in dem die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung von Videospielen in der Europäischen Union anerkannt wird. Mit einem Wert von 23,3 Mrd. Euro ist die Videospielindustrie ein wichtiger Teil der kulturellen und kreativen Landschaft der EU und weist ein starkes Wachstumspotenzial auf. Der Markt ist zwar global, aber Europa ist ein führender Akteur auf dem Gebiet der Videospiele und trägt in jeder Phase von der Entwicklung bis zum Vertrieb dazu bei. Die EKR hat auf die Herausforderungen im esports-Sektor hingewiesen und sich dabei insbesondere auf Themen wie Doping konzentriert.





Die EKR hat das Programm Kreatives Europa unterstützt

Das Programm Kreatives Europa 2021-2027 war ein zentraler Schwerpunkt für die EKR im Kultur-Ausschuss des Europäischen Parlaments. Ein besonderes Anliegen war, dass Meinungsfreiheit, Kreativität und Talent im Rahmen des Programms wertgeschätzt werden. Eine andere Priorität war eine faire geografische Ausgewogenheit bei der Mittelverteilung.

Die EKR hat dazu beigetragen, die kulturelle Vielfalt auf dem europäischen Musik-Streaming-Markt zu gewährleisten

Die EKR setzt sich nachdrücklich für die Freiheit des Marktes ein und hat für den Musik-Streaming-Markt zahlreiche Änderungen zum Schutz der Marktteilnehmer vorgeschlagen. Wir haben betont, dass Musik-Streaming ein besonderes Ökosystem ist, das für alle faire und nachhaltig sein muss.

Die EKR hat dazu beigetragen, Erasmus+ zu einem noch größeren Erfolg zu machen

Die EKR hat das Austauschprogramm Erasmus+ voll unterstützt. Wir haben einen Änderungsantrag zur Verdreifachung des Budgets mitunterzeichnet, und in Verhandlungen darauf gedrungen, dass das Budget mindestens verdoppelt wird. Die EKR erkennt Erasmus+ als eine gemeinsame Errungenschaft der EU an und setzt sich dafür ein, dass alle jungen Menschen Zugang zum Programm haben, auch diejenigen, die aus abgelegenen Regionen stammen oder ein geringes Einkommen haben.

Die EKR hat sich dafür eingesetzt, die Kompetenzen der Mitgliedstaaten in den Bereichen Bildung und Kultur aufrecht zu erhalten

Die EKR legte einen Schwerpunkt auf die Erhaltung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Bildung und Kultur und betonte die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips. Allerdings setzten wir uns auch für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Austausch bewährter Verfahren ein. Die EKR unterstützt nachdrücklich die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas und lehnt das Konzept einer einheitlichen europäischen Identität ab. Außerdem will die EKR eine faire Behandlung aller EU-Länder unabhängig von ihrer Größe sicherstellen. Die finale Fassung eines Berichts, in dem ein gemeinsamer Kulturrahmen vorgeschlagen wurde, lehnten wir ab und äußerten Bedenken hinsichtlich der Ideen des europäischen Föderalismus, einer einheitlichen europäischen Identität und gemeinsamer Kompetenzen im Bildungsbereich.

Die EKR hat den Kampf gegen den Schmuggel von Kulturgütern angeführt

Die EKR übernahm die Führung bei den transatlantischen Bemühungen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern zum Zwecke der Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche. Durch die erfolgreiche Aufnahme in die Missionsmandate der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) erreichte die EKR, dass im Dezember 2022 eine offizielle EU-Strategie veröffentlicht wurde.
Als Gastgeber internationaler Konferenzen erleichterte die EKR den Austausch bewährter Praktiken zwischen der EU und den USA und förderte die Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden, nationalen Vertretern und Opfern des Menschenhandels. Die EKR steht bei dieser Initiative weiterhin an vorderster Front in der EU.

EIN EUROPA DER RECHTE

Wir haben die Rechte der Bürger verteidigt und gingen gegen die vor, die sie untergraben wollen

Die EKR hat dazu beigetragen, dass alle im Ausland lebenden Europäer an Kommunalwahlen teilnehmen können

Derzeit leben etwa 11 Millionen Europäer im Wahlalter in einem anderen EU-Mitgliedstaat. Diese Bürger stoßen manchmal auf Hindernisse, wenn sie an Kommunalwahlen teilnehmen wollen. Die EKR hat einen Bericht verfasst, in dem sie die Mitgliedstaaten auffordert, die Eintragung ausländischer EU-Bürger in das Wählerverzeichnis für Kommunalwahlen einzuführen, sofern die betreffenden Personen ihre Zustimmung als Einwohner des Wohnsitzmitgliedstaates gegeben haben. Die gleichen Regeln für die Teilnahme an Kommunalwahlen sollten für alle EU-Bürger in der gesamten EU gelten. Die EKR unterstützte insbesondere die Erleichterung der Stimmabgabe für Menschen mit Behinderungen und forderte die Mitgliedstaaten auf, im Einklang mit ihren verfassungsrechtlichen Grundsätzen und Traditionen nach Möglichkeit geeignete Wahlmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu schaffen.

Die EKR hat für die Freiheit der Medien gekämpft

Die EKR beanstandete das Europäische Medienfreiheitsgesetz und bezeichnete es treffender als "Medienüberwachungs- und Zensurgesetz". Die EKR kritisierte auch die Behauptung der Europäischen Kommission, mit diesem Gesetz die Medienfreiheit zu fördern, und argumentierte, dass die Verordnung Journalisten, ihre Arbeitgeber und Familien einer ungerechtfertigten Überwachung durch Sicherheitsbehörden aussetzen könnte. Die EKR schlug vor, Bestimmungen, die eine solche Überwachung erlauben, zu streichen, aber dies wurden von den Mehrheitsgruppen abgelehnt. Die EKR wies auf das alarmierende Potenzial für kontrollierte und überwachte Medien hin und forderte das Parlament auf, die Verordnung zum Medienfreiheitsgesetz abzulehnen, da sie schwerwiegende Folgen für die Demokratie und die Meinungsfreiheit in der Europäischen Union befürchtet.

Die EKR hat die Verbraucherrechte gestärkt und die Produktsicherheit verbessert

Im Bereich der Verbraucherrechte und der Produktregulierung zeichnet sich die Arbeit der EKR durch einen ganzheitlichen Ansatz aus, der die Grundsätze des Verbraucherschutzes, der Fairness auf dem Markt und der Innovationsförderung miteinander verbindet. Dieser Ansatz spiegelt sich in mehreren Gesetzesinitiativen wider, darunter die Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit, die Maschinenrichtlinie, die Initiative für einheitliche Ladegeräte und die Richtlinie über das Recht auf Reparatur. Die EKR hat sich bemüht sicherzustellen, dass wir Produkte wählen können, die tatsächlich unseren Bedürfnissen entsprechen - ob teuer oder erschwinglich, der EU-Verbraucher muss die Wahl haben. Der grüne Wandel sollte nicht zu Lasten der weniger wohlhabenden Teile der Gesellschaft gehen, und die hierzu in Brüssel festgelegten Ziele sollten von den Bürgern und nicht von Nichtregierungsorganisationen bestimmt werden.





Die EKR hat das einheitliche Ladegerät verbraucherfreundlicher gemacht

Der Ansatz des EKR bei der Initiative für ein einheitliches Ladegerät ist ein Beispiel für unser Engagement für die Verbraucherfreundlichkeit und die Verringerung von Elektroschrott. Wir haben uns für einen praktischen Anwendungsbereich und eine schrittweise Umsetzung eingesetzt, um einen reibungslosen Übergang zu einem gemeinsamen Ladestandard zu gewährleisten, von dem sowohl Verbraucher als auch Hersteller profitieren. Dank unseres Einsatzes bleiben die Kunden in der EU vor doppelten Gebühren für Produkte verschont, die bereits im Preis des Telefons enthalten sind.

Die EKR hat in der Richtlinie über das Recht auf Reparatur eine 12-monatige Reparaturgarantie eingeführt

Bei der Richtlinie über das Recht auf Reparatur hat sich die EKR erfolgreich Einfluss genommen, um sicherzustellen, dass die steigende Nachfrage nach Reparaturen und Ersatzteilen durch ein größeres Angebot ausgeglichen wird. Der Zugang zu Ersatzteilen wird erleichtert und zusätzliche Rechte für unabhängige Reparaturbetriebe geschaffen. Die von uns erreichten Änderungen gehen Hand in Hand mit neuen Vorschriften, die verhindern sollen, dass unlautere Hersteller die Lebensdauer eines Produkts absichtlich verkürzen. Die EKR unterstützte auch die Einführung einer neuen 12-monatigen Garantie für Reparaturdienste, um Verbrauchern zusätzliche Sicherheit zu geben. Gleichzeitig bleibt die Möglichkeit erhalten, ein neues Produkt als Ersatz für ein defektes Gerät zu wählen. Weitere Maßnahmen zur Begrenzung des Verwaltungsaufwands haben die Richtlinie praktikabler gemacht. Dies ist von entscheidender Bedeutung, damit Reparaturen durchführbar und die Kosten sowohl für Unternehmen als auch für Verbraucher angemessen bleiben.



Die EKR hat den digitalen Zugang und digitale Fähigkeiten gefördert

Die EKR betonte die entscheidende Bedeutung eines flächendeckenden Hochgeschwindigkeits-Internetzugangs sowohl in öffentlichen Einrichtungen als auch in Privathaushalten, um die digitale Bildung und Kompetenz zu fördern. Wie wissen, dass es wichtig ist, den Arbeitsmarkt an die Anforderungen einer digitalisierten Wirtschaft anzupassen und negativen sozialen Auswirkungen wie Arbeitsplatzverluste und digitale Ausgrenzung durch die umfassende Entwicklung digitaler Kompetenzen entgegenzuwirken. Dazu gehören die Ausbildung von Lehrern, Kompetenzbewertungen, Zertifizierungsmechanismen und die Förderung von kritischem Denken und Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen, um Herausforderungen wie Fake News, Cybermobbing, Radikalisierung, Cybersicherheit und Betrug zu bewältigen.

Die EKR hat gegen die Diskriminierung älterer Menschen gekämpft

Die EKR hat einen Bericht über die Herausforderungen und Möglichkeiten der Alterspolitik nach 2020 erstellt. Der Bericht betont den Kampf gegen die Diskriminierung älterer Menschen, die Förderung des aktiven Alterns und die Schaffung von Programmen für lebenslanges Lernen. Zu den wichtigsten Aspekten gehören die Beziehungen zwischen den Generationen, Gesundheit, Langzeitpflege und würdige Lebensräume. Die EKR befasste sich mit der Ausgrenzung älterer Menschen aus der Gesellschaft und vom Arbeitsmarkt sowie mit der Unterstützung der "Silver Economy". Wir haben Schlüsselelemente wie Mentoring, Unterstützung für traditionelles Handwerk und den Bau von Tagesstätten in der Nähe von Bildungseinrichtungen unterstützt, um die Beziehungen zwischen den Generationen zu fördern.

Die EKR hat dazu beigetragen, die europäischen Kfz-Versicherungen und Versicherungsrabatte zu harmonisieren

Die EKR unterstützte eine wichtige Überarbeitung der Kfz-Versicherungsrichtlinie, die es EU-Bürgern ermöglicht, ohne zusätzliche Versicherung grenzüberschreitend zu reisen. So müssen beispielsweise in Deutschland lebende Personen, die in Italien ein Auto kaufen, dieses nicht mehr in Italien versichern. Autofahrer ohne Unfallgeschichte, die in einen Mitgliedstaat ziehen, in dem unfallfreie Fahrer günstiger versichert sind, haben nun dort Anspruch auf einen Rabatt.

Die EKR hat die Rechte der Kreditnehmer geschützt

Die EKR hat sich intensiv für die Aktualisierung der Verbraucherkreditrichtlinie eingesetzt, mit besonderem Augenmerk auf neuen Kreditarten wie dem Sofortkauf mit späterer Abzahlung (buy-now-pay-later, BNPL). Die Verbraucher haben das Recht zu erfahren, warum ihr Kreditantrag abgelehnt wurde, wenn die Kreditwürdigkeitsprüfung auf einer automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten beruht. Auch die Kopplung des Kredits an andere Produkte desselben Kreditgebers, wie zum Beispiel Versicherungen, ist nun verboten. Die neuen Vorschriften verbieten auch die Diskriminierung von Krebsüberlebenden, die einen Kredit beantragen, der eine Versicherung voraussetzt.

Die EKR hat einen EU-weiten Rechtsbehelfsmechanismus für Verbraucher gefordert

Die EKR hat Forderungen nach verbesserten Instrumenten zur Unterbindung rechtswidriger Praktiken und zur Erleichterung von Rechtsmitteln unterstützt, wenn eine große Zahl von Verbrauchern Opfer derselben Verletzung ihrer Rechte geworden ist. Verbraucherorganisationen müssen in der Lage sein, Maßnahmen zu ergreifen, um die kollektiven Interessen der Verbraucher zu schützen.

Die EKR hat die Flexibilität des Europäischen Sozialfonds+ (ESF+) gefördert

Der ESF+ ist das wichtigste Instrument der EU für Investitionen in die Humanressourcen und verfügt über ein Budget von fast 99,3 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021 bis 2027. Er spielt eine entscheidende Rolle in der Beschäftigungs-, Sozial-, Bildungs- und Qualifikationspolitik der EU. Artikel 7 der neuen Verordnung legt den Schwerpunkt auf die thematische Konzentration und verpflichtet die Mitgliedstaaten, Mittel für bestimmte soziale Ziele bereitzustellen. Die EKR-Fraktion lehnte dies ab, da es die Flexibilität einschränken und den bürokratischen Aufwand erhöhen würde. Durch unsere Änderungsanträge und unsere aktive Beteiligung an den Trilogen trugen wir zu akzeptablen Kompromissen bei, die die obligatorischen Zuweisungsmengen reduzierten und die Flexibilität der Mitgliedstaaten sicherstellten.

EKR ist ein führender Verfechter der beruflichen Bildung für die Arbeitskräfte und die Wirtschaft der EU

Die EKR war federführend bei der Erstellung eines Berichts, der die Notwendigkeit einer modernen Berufsbildung hervorhob, um den zunehmend komplexen Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu begegnen. Zu den wichtigsten Bedingungen gehören die Zusammenarbeit mit Unternehmen, lebenslanges Lernen und die Förderung von Verbindungen zwischen den Generationen. Der Bericht unterstreicht das individuelle Lernen unter Wahrung der Bildungskompetenzen der Mitgliedstaaten.

Die EKR hat die Medienfreiheit und Journalisten vor SLAPPs geschützt

Medienfreiheit und Medienpluralismus sind für das Funktionieren von Demokratien unerlässlich. Die EKR hat sich für die höchstmöglichen Schutzstandards gegen missbräuchliche Klagen gegen Journalisten und Menschenrechtsverteidiger eingesetzt, die als SLAPPs (strategische Klagen gegen die öffentliche Beteiligung) bekannt sind.



Die EKR setzt sich für den Schutz von Journalisten vor Gewalt ein

In mehreren Berichten hat die EKR das allgemeine Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit sowie die Bedeutung des Schutzes von Journalisten vor jeglicher Form von Gewalt hervorgehoben. Diese Verpflichtung steht im Einklang mit dem EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024. Die EKR brachte ihre tiefe Besorgnis über den Zustand der Medienfreiheit weltweit zum Ausdruck und verurteilte Übergriffe und Angriffe auf Journalisten und Medienschaffende.

Die EKR hat eine Erkundungsmission zur Bewertung der sprachlichen Situation in Katalonien organisiert

Auf Initiative der EKR organisierte der Petitionsausschuss eine Mission nach Katalonien und unterstützte einen Bericht, in dem die Verletzung der Rechte von Familien, Schülern, Lehrern und Personal, die die spanische Sprache in katalanischen Schulen verwenden, dargelegt wurde. Der Besuch und der Bericht enthüllten Schikanen sowie verbale und physische Gewalt gegen Familien, die versuchten, ihr Recht auf spanischsprachige Erziehung ihrer Kinder wahrzunehmen und diesbezügliche Gerichtsentscheidungen umzusetzen. Zum ersten Mal in der Geschichte Spaniens forderte ein Text die nationalen und lokalen Behörden auf, die Verletzung der Grundrechte von Eltern, Kindern und Familien zu beenden. Er unterstreicht auch die Verpflichtung, Protokolle zur Verteidigung und zum Schutz von Familien zu erstellen, die sich an die Justiz wenden, um eine Erziehung auch in spanischer Sprache zu gewährleisten, sowie die Verpflichtung des Europäischen Parlaments, die sprachliche Situation in Katalonien weiter zu untersuchen.

Die EKR kämpft auf den Balearen gegen die sexuelle Ausbeutung von Heimkindern

Nach der Entdeckung von EU-finanzierten Heimen, die mit dem Missbrauch von Minderjährigen unter der Vormundschaft der sozialistischen und kommunistischen Regierung der Balearen in Verbindung gebracht wurden, reichte die EKR eine Petition ein, in der das Parlament aufgefordert wurde, eine Untersuchung durchzuführen. Die Initiative der EKR fand großen Anklang und führte zu einer Debatte im Petitionsausschuss und einer Delegationsreise des Europäischen Parlaments, der in einem aussagekräftigen Bericht mündete, der Unregelmäßigkeiten aufdeckte. Durch die koordinierten Bemühungen der EKR wurde der Fall in der ganzen EU bekannt. Dieser Erfolg zeigt den Einfluss der EKR bei der Verteidigung von Grundrechten, der Aufrechterhaltung konservativer Werte und der Bekämpfung systemischer Ungerechtigkeiten durch gemeinsames Handeln.



MIT GELD VERANTWORTLICH UMGEHEN

Wir waren gute Verwalter von Steuergeld

Die EKR hat das Geld der Steuerzahler geschützt

Die EKR ist sich bewusst, dass jeder Euro, den die EU ausgibt, Geld aus den Taschen der europäischen Steuerzahler ist. Daher setzt sich die EKR dafür ein, das Geld der Steuerzahler zu schützen, finanzielles Verantwortungsbewusstsein zu fördern, Verschwendung zu reduzieren, die Transparenz zu erhöhen und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel effizient zum Nutzen der Bürger eingesetzt werden. Die EKR hat sich außerdem stets für die Wahrung der Steuerhoheit der einzelnen EU-Länder eingesetzt. Dies soll garantieren, dass die nationalen Haushalte und Steuerangelegenheiten vollständig in der Zuständigkeit und Rechenschaftspflicht der Mitgliedstaaten bleiben. Die EKR verteidigte auch den Grundsatz eines gesunden Steuerwettbewerbs zwischen den Mitgliedstaaten, um das wirtschaftliche Wohlergehen der EU insgesamt zu fördern. Trotz einer linken Mehrheit gelang es der EKR, marktfreundliche Bestimmungen im Einklang mit den Interessen der Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Die EKR hat die Sozialpolitik als ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verteidigt

Die EKR betonte immer wieder, dass die Sozialpolitik in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollte. Im Gegensatz zu Forderungen nach einer europäischen Verordnung über Mindesteinkommen unterstreicht die EKR, dass die Bekämpfung von Armut nationale Strategien erfordert, die sich auf die Förderung eines stabilen Wirtschaftswachstums und von Investitionen konzentrieren - und nicht auf einen Ansatz, der alle über einen Kamm schert.

Die EKR hat die Geldpolitik der EZB unter die Lupe genommen

Die EKR forderte eine stärkere Rechenschaftspflicht für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, um einen stabilen Euro und das Wachstum in der EU zu gewährleisten. Transparente Bewertungen sind entscheidend für notwendige Reformen. Der Druck der letzten Zeit hat zu ehrlicheren Berichten über die Arbeit der EZB geführt, in denen die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Senkung der Inflation betont wird. Auch wenn es noch ein weiter Weg ist, bis der Euro besser funktioniert, ist das Eingeständnis der Schwächen des Systems in der Vergangenheit und in der Gegenwart ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer stabileren wirtschaftlichen Zukunft, die Wachstum und Beschäftigung fördert. Die EKR setzt sich weiterhin dafür ein, die EZB und die EU für die Euro-Politik zur Verantwortung zu ziehen.



Die EKR hat sich für die Verringerung des wirtschaftlichen Risikos und ein stabiles finanzielles Umfeld eingesetzt

Zentrale Gegenparteien (CCPs) und Zentralverwahrer (CSDs) sind wenig bekannte, aber wichtige Bestandteile unserer Finanzmärkte und können dazu beitragen, ein widerstandsfähigeres und stabileres Wirtschaftsumfeld zu schaffen. Dank der EKR wurden sie strengeren Regeln unterworfen, die Risiken verringern werden. CCPs erleichtern Wertpapier- und Derivatetransaktionen, indem sie sich zwischen Verkäufer und Käufer schalten und Garantien dafür bieten, dass Transaktionen abgeschlossen werden können. Die EKR hat hart daran gearbeitet, die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls von CCP zu verringern, indem sie wirksame Anreize für ein angemessenes Risikomanagement und die Aufrechterhaltung kritischer Funktionen im Falle finanzieller Schwierigkeiten geschaffen hat. Dies trägt zur Erhaltung der Finanzstabilität bei und verhindert vor allem, dass die Steuerzahler die mit der Umstrukturierung oder Abwicklung von CCPs verbundenen Kosten tragen müssen. Die EKR war auch verantwortlich für die Aktualisierung des regulatorischen Rahmens für Zentralverwahrer (CSDs), die Finanzmarktinfrastrukturen, die sicherstellen, dass Wertpapiere an ihre rechtmäßigen Eigentümer übertragen werden.

Die EKR hat die digitale Transformation des Finanzwesens unterstützt und die Sicherheit von Kryptowährungen erhöht

Die EKR hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass die Rechtsvorschriften für Finanzdienstleistungen in einer sich entwickelnden digitalen Welt auf dem neuesten Stand bleiben und die EU weiterhin eine Vorreiterrolle bei Innovationen einnimmt. Beim Rechtsrahmen für digitale Vermögenswerte, einschließlich Kryptowährungen, drängte die EKR auf eine innovationsfreundliche Regelung, die darauf verzichtet, gemeinsame Steuersätze für Krypto-Vermögenswerte vorzuschlagen, und gleichzeitig die weitere Digitalisierung der Steuerverwaltungen der EU-Mitgliedstaaten fördert. Die EKR war bestrebt, allzu restriktive Ansätze anderer Gruppen, die die Innovation im Bereich Kryptowährungen und Blockchain ersticken würden, zu verwässern. In der gesamten Verordnung unterstützte die EKR den Grundsatz der Technologieneutralität und wirkte der Diskriminierung bestimmter Technologien im Zusammenhang mit Krypto-Assets entgegen. Beim Digital Operational Resilience Act (DORA) gelang es der EKR, den Text erheblich zu verbessern und ihn für die Durchsetzung und künftige technologische Veränderungen fit zu machen. Die EKR konzentrierte sich auf die Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und ermöglichte so ein widerstandsfähiges und dennoch dynamisches Finanzumfeld in der EU. Die EKR hat erfolgreich ein Pilotprojekt durch das Parlament gebracht, das die Nutzung der Distributed-Ledger-Technologie (DLT) zur Erbringung von Handels- und Abwicklungsdienstleistungen für herkömmliche Finanzinstrumente im Krypto-Asset-Format ermöglichen wird.

Die EKR hat den Kryptohandel sicherer gemacht

Unter der Federführung der EKR hat das Parlament hart daran gearbeitet, erste Regeln aufzustellen, um Kryptowährungen für Verbraucher sicherer und für Kriminelle weniger attraktiv zu machen. Die Rückverfolgbarkeit von Krypto-Vermögenstransfers und ein spezifisches Regelwerk werden dazu beitragen, Geldwäsche zu verhindern. Der Verwaltungsaufwand für Kryptounternehmen und -innovatoren wird durch die Tatsache mehr als ausgeglichen, dass die EU den fragmentierten europäischen Kryptowährungsmarkt vereinheitlichen wird, für den es derzeit noch 27 Regulierungssysteme gibt.

Die EKR hat zur Bekämpfung der Geldwäsche beigetragen

Die EKR trug zur Einrichtung einer EU-Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bei. Der Ansatz der EKR bestand darin, die Geldwäsche zu bekämpfen, ohne in die nationale Steuerpolitik einzugreifen. Die EKR-Fraktion setzte sich für die Interessen der nationalen Aufsichtsbehörden ein und unterstützte Formulierungen, die die Vielfalt der Rechtstraditionen und Steuersysteme in den Mitgliedstaaten respektierten, um die weitreichenden Befugnisse des Geldwäschegesetzes zu begrenzen und sie mit dem Subsidiaritätsprinzip und der nationalen Souveränität in Einklang zu bringen.



ERWEITERUNG UND ZUKUNFT

Wir unterstützten die EU-Erweiterung und eine Vision für den geopolitischen Wandel

Die EKR hat das demokratische Volk von Belarus unterstützt

Die EKR hat die pro-demokratischen Kräfte in Weißrussland unterstützt, indem sie Entschließungen initiiert und öffentliche Anhörungen und Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments organisiert hat. Unsere Mitglieder stehen in ständigem Kontakt mit dem Büro von Sviatlana Tsikhanouskaya und allen Aktivisten, die sich gegen Diktator Lukaschenka stellen. Die EKR unterstützt den Kampf eines freien belarussischen Regiments in der Ukraine gegen die russische Besatzung.
Die EKR ist eine scharfe Kritikerin von Lukaschenka, der Tausende von unschuldigen Männern und Frauen verfolgt und inhaftiert hat. Während der von Lukaschenka und Putin angezettelten künstlichen Migrationskrise, in der Tausende von Menschen an die polnische, litauische und lettische Grenze gedrängt wurden, gelang es der EKR, breite Unterstützung von anderen EU-Mitgliedern für die Verurteilung solcher Aktionen zu gewinnen.

Die EKR hat die Länder der Östlichen Partnerschaft (Ukraine, Georgien und Moldawien) unterstützt

Die EKR war federführend bei der Unterstützung der Länder der Östlichen Partnerschaft (Ukraine, Georgien und Moldawien) und setzte sich für politische, finanzielle und militärische Hilfe ein. Durch Berichte im Auswärtigen und im Verteidigungsausschuss initiierte die EKR Verbesserungen in der Einsatzplanung, in der Zusammenarbeit mit der NATO und verteilte die Mittel der Europäischen Friedensfazilität an die Ukraine und regionale Partner. Erst dann kann nach Ansicht der EKR ein freies, geeintes und friedliches Europa entstehen.

Die EKR hat junge Demokratien unterstützt

Die EKR legte eine Entschließung vor, in der sie die Werte der NATO und die Notwendigkeit der Unterstützung für junge Demokratien in Europa hervorhob. Die Entschließung unterstrich, dass das europäische Friedens- und Integrationsprojekt unvollständig bleibt, solange nicht alle Länder, einschließlich der Ukraine, Moldawiens und Georgiens, Vollmitglieder der EU werden. Erst dann ist nach Ansicht der EKR ein ganzes, freies, geeintes und friedliches Europa entstanden.

Die EKR hat sich für die Religionsfreiheit eingesetzt

Die EKR hat sich aktiv für das Grundrecht auf Religions- und Glaubensfreiheit eingesetzt. Wir initiierten einen Bericht über die Verfolgung von Minderheiten aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung, der mit großer Unterstützung angenommen wurde. Die EKR drängte die Europäische Kommission auch dazu, einen neuen Sonderbeauftragten für die Förderung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU zu ernennen. Darüber hinaus organisierten wir Veranstaltungen, die den Stand der Religionsfreiheit in verschiedenen Ländern weltweit beleuchteten.





Die EKR hat die Stärkung der EU-NATO-Zusammenarbeit unterstützt

Die EKR setzte sich konsequent für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO ein und unterstützte die NATO-Erweiterung. Von der EKR geleitete Initiativen, einschließlich der Beteiligung an der NATO-Reflexionsgruppe, trugen zur Ausarbeitung eines neuen strategischen Konzepts der NATO bei. Die EKR leitete auch internationale Foren mit hochrangigen NATO-Beamten, die sich mit der Zukunft der Ukraine und der euro-atlantischen Sicherheitsreform befassten. Als aktivster Unterstützer der NATO im Europäischen Parlament setzt sich die EKR weiterhin für die Stärkung des Bündnisses ein.

Die EKR hat sich für die Aufrechterhaltung engster Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eingesetzt

Obwohl die EKR von anderen Fraktionen unter Druck gesetzt wurde, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unter Präsident Trump zu vernachlässigen, hat sie niemals aufgehört enge Beziehungen zu den USA aufrechterhalten. Die EKR unterstützt eine erneuerte transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, setzt sich für eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Technologie (insbesondere KI und Quantencomputer) ein und ist die führende Stimme im Europäischen Parlament, die eine engere Koordinierung der Außenpolitik fordert, um feindlichen Staaten wie Russland, China, Iran und Nordkorea zu begegnen.

Die EKR hat eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich unterstützt

Aufgrund ihrer langjährigen positiven Beziehung zur britischen Konservativen Partei ist die EKR im Europäischen Parlament ein führender Verfechter einer engen strategischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehung zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit geblieben. Die EKR hat dies immer wieder in parlamentarischen Berichten zum Ausdruck gebracht und verschiedene internationale Konferenzen und Delegationen organisiert, um das weitere Wachstum der Partnerschaft zwischen der EU und Großbritannien zu fördern.

Die EKR hat die Partnerschaft mit Taiwan gefördert

Seit ihrer Gründung hat sich die EKR stets für engere Beziehungen zu Taiwan eingesetzt. Wir sind ständige Berichterstatter für die Beziehungen zwischen der EU und Taiwan, eine Position, die zum ersten Mal in der Geschichte des Parlaments mit Unterstützung der EKR geschaffen wurde. Wir haben mit Erfolg eine Empfehlung zur Vertiefung der politischen Beziehungen zu Taiwan auf den Weg gebracht, die mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Wir haben auch taiwanesische Experten zu den Ausschusssitzungen eingeladen, unter anderem zu den Diskussionen über die Bekämpfung feindlicher Propaganda, bei denen Taiwan über sehr wertvolle Erfahrungen verfügt.

Die EKR hat sich klar an die Seite Israels gestellt

Die EKR spielte eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Israel, indem sie die Perspektive Israels in die Entschließungen des EP einbrachte, den Terrorismus verurteilte und dafür sorgte, dass keine EU-Gelder an palästinensische Einrichtungen gingen, die mit terroristischen Organisationen in Verbindung stehen. Insbesondere stoppte die EKR die EU-Finanzierung für die islamische Universität in Gaza aufgrund ihrer Verbindungen zur EU-gelisteten Terrorgruppe Hamas. Die EKR hat sich auch für engere Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn eingesetzt und die erste Veranstaltung des Europäischen Parlaments mit Botschaftern aus Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain nach dem Abraham-Abkommen ausgerichtet. Nach dem Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 war die EKR die erste politische Fraktion, die ihre Solidarität mit dem jüdischen Volk durch einen Besuch in Israel zum Ausdruck brachte.

Die EKR hat die demokratische Opposition im Iran unterstützt

Die EKR hat sich stets für eine schärfere Haltung der EU gegenüber dem Iran eingesetzt und dessen Atom- und Raketenprogramm, Menschenrechtsverletzungen, staatlich geförderten Terrorismus und Geiseldiplomatie verurteilt. Als Reaktion auf die landesweiten Proteste im Jahr 2019 brachte die EKR eine Resolution ein, in der die gewaltsame Niederschlagung der Oppositionsbewegung verurteilt wurde. Die EKR initiierte auch Aktionen zur Unterstützung der Frauenrechte, forderte die EU auf, das Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) als Terrorgruppe einzustufen, und rief zu Sanktionen gegen die iranische Führung auf. In Anerkennung der Unterstützung der EKR für die iranische Diaspora und die demokratische Opposition besuchte seine Königliche Hoheit Prinz Reza Pahlavi das Europäische Parlament auf Einladung der EKR.

Die EKR hat das wahre Gesicht des kubanischen Regimes enthüllt

Die EKR hat die Menschenrechtsverletzungen des kubanischen kommunistischen Regimes scharf verurteilt. Im September 2021 waren wir federführend bei der Verabschiedung einer Entschließung des Parlaments, in der die EU aufgefordert wurde, die Aussetzungsklausel des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit (PDCA) zwischen der EU und Kuba aufgrund der wiederholten Menschenrechtsverletzungen zu aktivieren. Wir forderten Sanktionen gegen die Verantwortlichen, die Freilassung von Gefangenen, die ihre Grundrechte ausüben, und ein Ende von Gewalt, Verfolgung und Angriffen auf friedliche Demonstranten. Die EKR setzt ihre Bemühungen zur Unterstützung der vom Regime Verfolgten fort und fordert einen sofortigen Stopp der EU-Finanzhilfe, die das kubanische Regime erreichen könnte.









Die EKR hat sich an vorderster Front für engere Beziehungen zu Lateinamerika eingesetzt

Die EKR richtete die Eurolat Policy Group ein, um die Beziehungen zwischen der EU und Iberoamerika aus einer neuen Perspektive zu betrachten und die Herausforderungen der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament anzugehen. Wie wiesen auf die Bedrohung durch den Narco-Kommunismus und die Diktaturen in Iberoamerika hin und schmiedeten transatlantische Kooperationen und Allianzen mit verschiedenen Interessengruppen. Damit übertraf die EKR andere Fraktionen bei der Verteidigung von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und der Verteidigung von Menschenrechten. Die EKR wies auch auf den wachsenden Einfluss Chinas, Russlands und des Irans in der Region hin, insbesondere nach Konflikten wie der russischen Aggression gegen die Ukraine und dem Krieg gegen Israel. Der von der EKR organisierte Iberosphären-Gipfel spiegelt den Erfolg beim Aufbau von Allianzen mit verschiedenen Institutionen in Iberoamerika wider und brachte prominente Führungspersönlichkeiten zusammen, um grundlegende Prinzipien wie Freiheit, nationale Souveränität, Leben, Familie und Rechtsstaatlichkeit zu verteidigen.

Die EKR hat gegen die Aushöhlung der Grundrechte in Hongkong protestiert

Die EKR hat sich intensiv an einer inoffiziellen Hongkong-Watch-Gruppe beteiligt, die nach der Einführung des nationalen Sicherheitsgesetzes durch China eingerichtet wurde. Die Gruppe verfolgt aufmerksam die zunehmende Aushöhlung der Demokratie, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit in der Sonderverwaltungsregion und organisiert regelmäßige Treffen mit Exilanten, der EU-Delegation in Hongkong und anderen Experten. Die Watch Group bringt gleichgesinnte Mitglieder des Europäischen Parlaments aus dem gesamten politischen Spektrum zusammen, um Maßnahmen zur Unterstützung der pro-demokratischen Bewegung in Hongkong zu koordinieren.

Die EKR hat die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern verbessert

Ein von der EKR geleiteter Bericht zur Ernährungssicherheit enthielt politische Empfehlungen zur Beseitigung von Hunger und Unterernährung in Entwicklungsländern. Wir betonten die Verbindung zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungshilfe und Friedenskonsolidierung und sprachen uns dafür aus, die Folgen von Krisen schneller und effektiver zu bewältigen. Der Bericht befasste sich mit den Auswirkungen von Konflikten und der Covid-19-Pandemie auf die Ernährungsunsicherheit und hob den Bedarf an erschwinglichen, gesunden Lebensmitteln hervor. Die EKR betonte, wie wichtig es ist, die Einkommen von Kleinbauern zu erhöhen, den Zugang zu Märkten zu fördern, Landbesitz zu sichern und den Zugang zu Technologie und Innovation zu erleichtern. Der Bericht wird einen Beitrag zu den Bemühungen der EU leisten, die weltweite Ernährungsunsicherheit und Unterernährung zu bekämpfen.

Die EKR hat den EKR Afrika Gipfel veranstaltet

Wir veranstalten regelmäßig den EKR Afrika Gipfel, eine erfolgreiche Veranstaltung zur Erkundung politischer Optionen für eine stärkere Beziehung zwischen Europa und Afrika. Die Diskussionen werfen auch ein Licht auf den Einfluss globaler Akteure auf die EU-Afrika-Politik. Wir haben festgestellt, dass die EU sich stärker in Afrika engagieren und ein starkes Signal an China und Russland senden muss, da diese Länder dort ihre eigenen geopolitischen und den unseren entgegengesetzten Interessen verfolgen, was sich auf die Souveränität der afrikanischen Nationen und die europäische Sicherheit auswirkt.

ZURÜCK ZUM GESUNDEN MENSCHENVERSTAND




Dobro došli Hrvatska!
Herzlich willkommen, Kroatien!
Welkom Kroatië!

UNSERE SOZIALEN MEDIEN

www.ecrgroup.eu

ecrgroupeu

ecrgroup

ecrgroupeu